Nr. 289. 36. Jahrg.

Die Presse.

Ostmärkische Tageszeitung Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belagblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 20 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 25 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.
Fernsprecher 57.
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Dienstag den 10. Dezember 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.
Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Ewald Schwandt in Thorn

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Die Vorgänge in Berlin.

Über den Straßenkampf im Norden

berichtet der „Vorwärts": Die Soldatenkundgebungen, in deren Verlauf sich das wilde Stück abspielte, waren hervorgerufen durch die Nachricht, daß die Spartakusleute nach den drei Versammlungen, die sie veranstalteten, einen großen Streich zu tun gedächten. Nach dem Sturm auf das Polizeipräsidium und nach der Ankündigung des Vorsitzenden einer früheren Spartakusversammlung, man werde demnächst bewaffnet zum Kanzlerhause ziehen und die sozialdemokratische unabhängige Regierung absetzen, war eine gewisse Nervosität begreiflich. Nach Berichten zahlreicher Augenzeugen wurden die regierungstreuen Soldaten von den ihnen entgegenziehenden Spartakusleuten aufgefordert, ihre Waffen abzuliefern und ihnen zu folgen. Da sich die Soldaten darauf nicht einlassen wollten, wurde auf sie geschossen. Sie erwiderten nun das Feuer und es kam zu einem Gefecht, bei dem es auf beiden Seiten Tote und Schwerverletzte gab. Da die Überlegenheit der Soldaten gegen die schlechter bewaffneten Massen sehr groß war, ist die Zahl der Opfer auf der anderen Seite größer als auf der des Militärs. Wie es in solchen Fällen nicht anders geht, sind leider auch Unschuldige der Schießerei zum Opfer gefallen.

Kundgebung der Reichsregierung.

Der Rat der Volksbeauftragter richtet folgende Kundgebung an die Bevölkerung Berlins:

Der Rat der Volksbeauftragten hat bis jetzt feststellen können, daß der Auftrag zur Festnahme des Vollzugsrates dem Vizefeldwebel Fischer von einem gewissen Marten und zwei Beamten des Auswärtigen Amts, Graf Matuschka und von Rheinbaben, erteilt worden ist. Marten ist ebenso wie Fischer verhaftet worden. Die beiden andern sind flüchtig, ihre Verhaftung ist angeordnet. Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrationszug das Maschinengewehrfeuer gerichtet haben, waren von einem Mitglied des Soldatenrats beim Generalkommando namens Krebs aufgeboten worden. Auch gegen Krebs ist eingeschritten worden. Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles getan hat, um die Mitglieder des Vollzugsrats zu befreien, die Antastung ihrer Freiheit sowie das entsetzliche Blutvergießen in der Chausseestraße zu sühnen, ist entschlossen, gegen jede Androhung und Verübung von Gewalttätigkeiten vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen.

Das Untersuchungsverfahren.

Gegen die beiden Mitglieder des Auswärtigen Amts, die durch Aussage des wegen der Vorfälle im Abgeordnetenhause verhafteten Vizefeldwebels Fischer belastet sind, hat der Staatssekretär Dr. Solf das Untersuchungsverfahren eingeleitet. Es handelt sich um zwei jüngere, zeitweilig im Auswärtigen Amt beschäftigte Beamte.

Der Generalstreik fehlgeschlagen.

Wie man aus Gewerkschaftskreisen mitteilt, scheint die von der „Roten Fahne" ausgegebene Parole, als Protest gegen die Vorgänge vom Freitag in einen Massenstreik einzutreten, bei der Arbeiterschaft keinen Widerhall zu finden. Auch am Sonnabend Nachmittag und Abend zeigte sich keine Neigung, den Aufrufen der Spartakusgruppe zum Generalstreik Folge zu leisten. Wo einzelne Arbeiter die Betriebe verlassen haben, ist die Absicht ihres Vorgehens, durch ihr Beispiel andere Arbeiter ebenfalls zum Streik zu veranlassen, an der Vernunft der Arbeiter gescheitert.

Vor weiteren Zusammenstößen?

Auf der Berliner Kommandantur war man am Sonnabend der Meinung, daß angesichts der Zuspitzung der Lage leider mit weiteren Zusammenstößen zu rechnen sei. Der Vollzugsrat hat daher angeordnet, daß die Truppen möglichst von der Straße ferngehalten werden sollen. Die republikanische Soldatenwehr von über 10 000 Mann steht geschlossen der Kommandantur zur Verfügung, um Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Berlin aufrechtzuerhalten. Außerdem haben sämtliche Soldatenräte der Berliner Truppen einmütig erklärt, auf dem Boden der jetzigen Regierung zu stehen und mit allen erforderlichen Mitteln der Kommandantur zu Händen zu sein.

Der Sonntag ruhig verlaufen.

Vom Sonntag wird aus Berlin berichtet: Ein Sonntag politischer Versammlungen in Berlin. Der Propaganda-Ausschuß der sozialdemokratischen Partei hatte heute Vormittag Versammlungen in 13 Lokalen Groß-Berlins veranstaltet, die gut besucht waren. Bekannte Führer der Partei wie Bauer, Ebert, Ernst, Göhre, Heine, Hirsch, Scheidemann, Schöpflin, Stücklein und Wels haben Vorträge über das gemeinsame Thema „Sozialismus und Demokratie". Die Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf. Nach Schluß derselben zogen die Teilnehmer in Trupps von mehreren hundert Mann unter Vorantragung roter Fahnen nach dem Stadtinnern, wo sie sich bald auflösten.

Die Unabhängigen hatten mittags drei Versammlungen unter freiem Himmel am Friedrichshain, Humboldthain und Bismarck-Denkmal anberaumt. Hier sprachen Breitscheid, Dittmann, Haase, Adolf Hoffmann, Ledebour und Ströbel. Sie forderten auf zu einem festen Zusammenschluß zur Abwehr der Gegenrevolution, die immer frecher ihr Haupt erhebe.

Endlich hatte der Spartakus-Bund seine Gefolgschaft nachmittags zu 2 Uhr nach dem Treptower Park eingeladen. Hier dürften etwa 3000 Mann zusammengeströmt sein. U. a. sprach auch Liebknecht. Einzelne kleine Abteilungen zogen nach Berlin, doch die Hauptmasse löste sich bereits auf der Treptower Chaussee auf. Nebelwetter und Sprühregen hatte eine zahlreiche Beteiligung in allen Fällen verhindert. Von irgendwelchen Unruhen oder gar Zusammenstößen war bis zum Abend nichts gemeldet.

Die Gefahren unserer Ernährungswirtschaft.

Das Reichsernährungsamt hat an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der es auf die unabsehbaren Folgen hinweist, die der bevorstehende Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft nach sich ziehen wird. Die „Voss. Ztg." ist in der Lage, aus dieser Note wichtige Gesichtspunkte zu veröffentlichen. Wir geben daraus die folgenden wieder:

Das Rückgrat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft bildete bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitseinstellung der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hinzu kommen die ungeheuren Transportkrisen. Eine Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Kartoffelvorräten versehen sind. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher heute schon vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgegeben werden können.

Infolge des Zustandes der Zufuhren aus dem Osten hat sich die Lage der Reichsgetreidestelle derart ungünstig gestaltet, daß ihre Bestände nur noch bis zum 7. Februar reichen, und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahre erfolgen, was aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen erscheint. Nach dem 7. Februar würde sich günstigenfalls nur eine Tageskopfration von 80 Gramm Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugestandene Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde.

Sehr trübe sieht es auch um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus. Die einheimische Fettverteilung gestattet nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplan bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung an Milchfett und aus der Margarine-Erzeugung nur noch eine Tageskopfmenge von 3,3 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfmenge von 100 Gramm vorsieht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrechterhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationssätze spätestens Anfang Februar zu rechnen.

Die Note schließt mit dem Hinweise, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Umfange zugenommen hat. Dabei sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Hauptschuld an dieser traurigen Ernährungsfrage Deutschlands bei den Absperrungsmaßnahmen Englands liegt.

Die Neugestaltung des Erziehungswesens.

Das neue preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erläßt einen Aufruf an die Lehrerschaft und die Schülerschaft der höheren Schulen, der Richtlinien für die Neugestaltung des gesamten Erziehungssystems aufstellt. Im

Aufruf an die Lehrerschaft,

von der wissenschaftliche Objektivität im Unterricht und Unterlassung jeglicher politischer Verhetzung verlangt wird, heißt es: Deutschlands furchtbare Niederlage stellt auch die Erzieher vor eine schwere Probe der Einsicht und des Charakters. Es liegt nahe, nunmehr in der Jugend das Gefühl von Haß und Rachsucht gegen unsere Feinde zu nähren und dabei des Glaubens zu sein, daß man lediglich ein hochgeheigertes, vaterländisches Empfinden in der Jugend zu wecken suche. Wir müssen uns aufs ernsteste gegen diesen billigsten, mit ungeläuterten Trieben arbeitenden Patriotismus wenden. Haß und Rache gegen die Feinde darf auf keinen Fall der Jugend gepredigt werden, auch dann nicht, wenn die Feinde uns offensichtlich Unrecht tun. Mit dem Gedanken eines Rachekrieges darf nicht gespielt werden. Immer müssen wir an der Hoffnung und dem Willen festhalten, daß einstmals der Völkerhaß auf der Erde ganz aussterbe, und daß dieser Krieg der letzte gewesen sei. Wir bestehen unverbrüchlich darauf, daß jedenfalls die Schule nie wieder zur Stätte der Völkerverhetzung und Kriegsverherrlichung werde. Der Aufruf wünscht, daß die Erzieher sich nicht als Vorgesetzte, sondern wesentlich als ältere, helfende und führende Kameraden ihrer Schüler betrachten oder wenigstens im amtlichen Verkehr mit den Schülern diesen die Freiheit des Wortes und der Überzeugung einräumen. — Der

Aufruf an die Schüler

erklärt, daß sie inanbetracht der von der Jugend gebrachten Opfer nicht mehr als unreife, unmündige Masse behandelt, sondern vielmehr unter eigener Verantwortung an der Gestaltung ihres Lebens mitwirken sollen. Dazu werden folgende Einrichtungen bestimmt: An sämtlichen höheren Lehranstalten findet alle zwei Wochen einmal eine Schulgemeinde, d. h. eine völlig freie Aussprache von Lehrern und Schülern, über Angelegenheiten des Schullebens, der Disziplin und der Ordnung usw. statt. Die Leitung der Versammlung hat ein von der Schülerschaft in geheimer, gleicher Wahl ernannter Lehrer. An der Schulgemeinde hat der Schulleiter und das ganze Kollegium teilzunehmen, sowie alle Schüler von der Obertertia aufwärts. Die Schulgemeinde kann ihre Wünsche und Meinungen in Form von Entschließungen zum Ausdruck bringen. Eine anordnende oder gesetzgebende Befugnis hat sie jedoch zunächst nicht. In der Schulgemeinde hat jeder Schüler und Lehrer eine Stimme. Sie beschließt mit einfacher Mehrheit. Die Schulgemeinde wählt aus der Schülerschaft den Schülerrat, der ständig die Interessen der Schülerschaft zu vertreten und im Einvernehmen mit der Schulleitung und der Lehrerschaft für Ordnung zu sorgen hat. Den Schülern wird völlige Freiheit zur Bildung unpolitischer Vereine im Rahmen des geltenden Rechts gewährt. Wir erwarten von der Jugend, führt der Aufruf fort, daß die neue Freiheit nie zur Entfesselung niederer Triebe mißbraucht wird. Insonderheit würde es einer edlen Jugend unwürdig sein, sie zu irgend einer Ungehörigkeit oder gar zur Rache für früher erlittenes Unrecht zu benutzen. Wir hoffen, daß die neuen Möglichkeiten zur Mitwirkung an der Gestaltung eures Schul- und Gemeinschaftslebens euch mit einem neuen Gefühl der Mitverantwortung für die Zukunft unseres Volkes und mit freudigem Eifer zu innerer Erneuerung von Schule und Jugend erfüllen werden. Wir versprechen, daß wir die Arbeit der Jugend von allen sinnlosen und verroteten Resten einer überlebten Zeit befreien und nach den Forderungen der neuen Zeit und der ewigen Werte der Menschheit umgestalten wollen. Möge die Jugend durch Ernst und Treue das Vertrauen rechtfertigen, wie es ihr bisher in der Geschichte noch nie entgegengebracht ist!

Provinzialnachrichten.

Hohensalza, 8. Dezember. (Verschiedenes.) Der hiesige Soldatenrat beschloß in seiner letzten Sitzung einstimmig die Absetzung seiner beiden Vorsitzer Burchard und Dr. Röder, die durch ihre im polnischen Sinne organisierte Politik lebhaften Anstoß beim Deutschtum erregt und so schlecht die Aufhebung des so notwendigen Heimatschutzes Ost mit allem Nachdruck betrieben hatten. — Gestern wurde hier auch ein Arbeiterrat gegründet, der aus 8 deutschen und 12 polnischen Mitgliedern besteht und durch Zuwahlen erweitert werden soll. — Obwohl noch der Belagerungszustand besteht, ist es in der Stadt ruhig. Deutsche und polnische Bürgerwehr sorgt gemeinsam für die Aufrechterhaltung der Ordnung.

Gründungsversammlung der deutschnationale Volkspartei in Thorn.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung der rechtsstehenden Kreise der Bevölkerung von Thorn und Umgegend gestaltete sich die Sonntag Mittag von ½12 Uhr ab im neuen Saale des Viktoriaparks stattgefundene Volksversammlung. Etwa 2000 Männer und Frauen hatten sich auf die Einladung des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung einer Orts- und Kreisgruppe Thorn der deutsch-nationalen Volkspartei eingefunden, und die Erwartungen, mit denen die Besucher und Besucherinnen zu der Versammlung geströmt waren, wurden nicht getäuscht. Namens des vorbereitenden Ausschusses eröffnete Mittelschullehrer Paul die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, in welcher er die Frage: „Wie durften wir es wagen, gegen eine Welt von Feinden den Krieg zu führen?" mit dem Hinweis darauf beantwortete, daß uns die harte und eiserne Notwendigkeit dazu zwang, um dem deutschen Volk den Platz an der Sonne zu bewahren, auf den es Anspruch hat. Dafür haben unsere tapferen Söhne, unsere heldenmütigen Väter und Brüder ihr Blut vergossen; das war die Grundstimmung, die in den erhebenden Augusttagen von 1914 das ganze deutsche Volk beseelte. Und heute liegt unser Vaterland aus tausend Wunden blutend da. Verloren ist der Krieg, vernichtet unsere Hoffnungen. Wir beugen uns unter die allmächtige Hand Gottes. Es hieße aber verzweifeln an der sittlichen Weltordnung, wenn man aus dem uns betroffenen Unglück den Schluß ziehen wollte, daß unser Volk in dieser Schmach bleiben müßte. Ein Volk von 80 Millionen kann nicht untergehen. Unsere Heimatfront ist zusammengebrochen, und damit ist der Krieg für uns verloren. Jetzt aber gilt es, nicht mehr rückwärts zu schauen, sondern aufzubauen. Wir stellen uns ehrlich auf den Boden der Tatsachen und rufen Sie zu gemeinsamer Arbeit für unser Vaterland auf. Die deutsch-nationale Volkspartei will im vertrauensvollen Zusammenwirken mit anderen Parteien an dem neuen Staatswesen mitarbeiten für ein kräftiges, selbständiges und einiges Deutschland. (Beifall.)

Durch Zuruf aus der Versammlung wurde nun Mittelschullehrer Paul zum Vorsitzer und eine Anzahl Damen und Herren zu Beisitzern gewählt.

In einem einstündigen Vortrage schilderte dann Staatsanwalt Bennecke zunächst die Ursachen, die zu dem Zusammenbruch geführt haben, um nach einem Überblick über die gegenwärtige Lage die Ziele und Wege der deutsch-nationalen Partei darzulegen. Er unterstrich in seinen treffenden, aus klarem Kopf und warmem Herzen quellenden, oft von Zustimmungsäußerungen aus der Versammlung begleiteten Ausführungen, ebenso wie der Vorredner es schon getan, daß die deutsch-nationale Volkspartei bereit ist, mit sämtlichen Parteien, die die Wiederherstellung von Gesetz, Recht und Ordnung erstreben, zusammenzugehen. Mit Entschiedenheit forderte der Redner unter lebhafter Zustimmung die möglichst schnelle Einberufung der Nationalversammlung, da dies das einzige Mittel ist, um aus den gegenwärtigen chaotischen Zuständen herauszukommen und das deutsche Volk vor der drohenden Hungersnot zu bewahren. Im einzelnen führte der Redner etwa folgendes aus: Schwere Stürme brausen über unser Vaterland hinweg. Es liegt blutend aus tausend Wunden da. Wie kam dies?

1870 schuf Bismarck das einige deutsche Reich; es begann der Aufstieg. Viele von Ihnen haben diese Zeit noch miterlebt, machen wohl sogar als Mitkämpfer im deutsch-französischen Kriege. Eine Blüte, wie sie die Welt noch nie gesehen, trat nach dem siegreichen Kriege hervor. Auf allen Gebieten geriet das deutsche Reich mit anderen Mächten in Nebenbuhlerschaft und drohte sie zu überholen. Da begann der Krieg, gerade als das Reich auf der Stufe zur höchsten Entwickelung stand. Meine Aufgabe kann es hier nicht sein, mich mit den Fragen nach den Ursachen des Krieges zu beschäftigen. Dies muß der späteren Geschichtsforschung besonders hierzu berufener Männer, wie eines Treitschke, Mommsen usw., vorbehalten bleiben. Wenn auch anzunehmen ist, daß tausend Räder ineinander griffen, um den Krieg herbeizuführen, so glauben wir doch zu der Annahme berechtigt zu sein, daß die Vorbereitungen zu dem Weltkriege begannen, als Eduard VII. die „entente cordiale" begründete. Der Krieg brach los, und Deutschland zog in den Kampf mit Verbündeten, die sich später als wenig zuverlässig erwiesen haben. In dem 4½jährigen gewaltigen Völkerringen ist das deutsche Heer nicht zusammengebrochen trotz der Überzahl der Feinde; unbesiegt kehren unsere tapferen Krieger zurück. Dies sollte uns für alle Zeiten ein Trost sein; eine Tatsache, an der wir uns wieder aufrichten können. Aber die innere Front brach zusammen durch die Fülle von Entbehrungen infolge der langen Kriegsdauer, durch Hunger, Sorgen und Elend und infolge Uneinigkeit der einzelnen Volkskreise. Und nun? Wir stehen vor einem Chaos von außen und von innen. Die harten Waffenstillstandsbedingungen sind ja zur Genüge bekannt, ebenso, mit welcher Grausamkeit sie von den Leitern der Entente ausgelegt werden. Es droht der Abfall deutscher Gebiete im Osten und Westen. Eine polnisch-amerikanische Armee soll die östlichen Provinzen besetzen, während die Franzosen ihren Triumph-Einzug in Berlin halten wollen. Wir wollen gewiß mit unseren Nachbarn in Frieden leben und haben darum das Wilsonsche Friedensprogramm als Grundlage für einen gerechten Frieden anerkannt. Wenn wir dies getan, so erwarten wir aber auch, daß man das Selbstbestimmungsrecht, das wir den anderen Völkern zuerkannt, auch uns gewährt. Andernfalls würde der Waffenstillstandsvertrag nur einen Fetzen Papier bedeuten. Noch hoffen wir, daß das Schlimmste durch das Eingreifen Wilsons abgewendet wird. Was sich uns jetzt darbietet, ist ein Zerfall des Reiches in seiner politischen Einheit. Ich habe das Gefühl, daß bei vielen Volksgenossen der richtige Eindruck von dem furchtbaren Geschehen dieser Tage nicht vorhanden ist. Das Chaos kommt nicht erst, wir haben es bereits. Gelang die Aufrechterhaltung der Ordnung? Gewiß hat uns die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte vor den schlimmsten Ausschreitungen des Bolschewismus bisher geschützt. Die jetzige Ordnung genügt aber nicht, sie ist eine rein örtliche. Die große einheitliche Organisation fehlt vorderhand noch. An der Hand von Zeitungsartikeln aus der „Sozialistischen Korrespondenz" und aus einem linksliberalen Leipziger Blatt, das ebenfalls nicht in dem Verdacht steht, reaktionär zu sein, legt der Vortragende dar, wie auch von dieser Seite die Wiederkehr geordneter Zustände nur von dem baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung erwartet wird. So wird in dem erstgenannten Blatte ausgeführt, daß Gefahr im Verzuge liegt, und die Wahlen für den 19. Januar gefordert. In der erwähnten Leipziger Zeitung wird hervorgehoben, daß es so nicht weitergehen kann. Das Chaos wäre schon da, wenn nicht die bürgerlichen Behörden und die Beamten weiter gearbeitet hätten. (Sehr richtig!) Wenn die Arbeitsbeschaffung für die zurückkehrenden Millionen von Kriegern gelingt, so geschieht dies unter ungeheuren Opfern des Bürgertums, nicht aber als Verdienst der Revolution. (Lebhafte Zustimmung.) Das Beamtentum — so führt Redner weiter aus — hat in diesem Kriege seine Pflicht getan. Dankt man es ihm? (Zuruf: Nein!) Hat man seine Stellungen, seine Pensionsansprüche sichergestellt? Im Kultusministerium oder, wie es jetzt heißt, dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, sitzt ein früherer internierter Russe an leitender Stelle und ist damit Vorgesetzter von Zehntausenden von preußischen Lehrern, die treu ihre Pflicht getan. (Zuruf: Hört, hört!) Ferner ist in demselben Ministerium ein ehemaliger Totengräber als Pressechef berufen. Den hierbei fallenden Zwischenruf: „Nieder mit dieser Regierung!" tadelt Redner mit dem Ersuchen, alle aufreizenden Bemerkungen zu unterlassen; dazu sei die Versammlung nicht da. Bei der Betrachtung der Finanzlage erwähnt Redner, daß, während die Offiziersgehälter um ein Bedeutendes herabgesetzt worden sind, Kuriere der Reichsregierung (Radfahrer), also Beamte in untergeordneter Stellung, Tagegelder von 30 bis 40 Mark beziehen, und daß nach Zeitungsmeldungen von den Arbeiter- und Soldatenräten Deutschlands in 14 Tagen bereits 800 Millionen Mark verbraucht worden sind. Redner will dahingestellt sein lassen, ob dies zutrifft; Tatsache aber ist, daß ein finanztechnischer Fachmann, Staatssekretär Dr. Schiffer, erklärt hat, daß bei weiterer derartiger Wirtschaft die Reichsfinanzen vor einem Chaos ständen, sodaß in wenigen Wochen der Staatsbankerott zu erwarten wäre. Wie traurig es mit der Ernährungslage bestellt ist, geht aus der Note des Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes, des früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Wurm, an das Auswärtige Amt hervor, der erneut auf die furchtbaren Gefahren hingewiesen hat, denen wir angesichts des gegenwärtigen Standes unserer Lebensmittelvorräte entgegengehen. Ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte ist infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitseinstellung der Kriegsgefangenen in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Außerdem hat die ungeheure Transportkrise dazu beigetragen, daß die Kartoffelvorräte nicht ordnungsmäßig eingewintert werden konnten. Schon heute ist deshalb die Beibehaltung der gegenwärtigen Kartoffelration vollkommen ausgeschlossen. Sie wird auf die Hälfte herabgesetzt werden müssen. Die Lagerbestände der Reichsgetreidestelle reichen nach Fortfall der Zufuhren aus dem Osten nur noch bis zum 7. Februar, und auch das nur, wenn die täglichen Anlieferungen in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen, woran indessen nach Lage der Transportverhältnisse gleichfalls nicht zu denken ist. Nach diesem Zeitpunkt würde man günstigenfalls auf ein Drittel der gegenwärtigen Ration herabgehen müssen. Noch übler sieht es mit der Fett- und Fleischversorgung aus, da auch hier alle Zufuhren aus dem Osten aufgehört haben. Bis zum 1. April steht auch der einheimischen Fettwirtschaft nur noch ein Tageskopfsatz von 3,3 Gramm zur Verfügung. Auch die Fleischration wird sich ohne Zufuhren von außerhalb eine weitere erhebliche Herabsetzung gefallen lassen müssen. Der Nährwert der Rationen, der heute nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes darstellt, würde dann auf etwa die Hälfte dieses kümmerlichen Satzes herabsinken, was ein langsames, aber sicheres Verhungern der Bevölkerung zur Folge haben muß. Von der amerikanischen Hilfe, von der man uns Wunderdinge erzählt hat, ist noch nichts zu spüren; man hat vielmehr das Ausbleiben der zugesagten Lebensmittelzufuhren aus Amerika jetzt damit begründet, daß Deutschland zuvor eine gesetzliche Regierung haben muß, die sich auf den einheitlichen Willen des gesamten Volkes stützt. Zwei Wege gibt es, Abhilfe zu schaffen und die alsbaldige Aufnahme der Friedensverhandlungen zu ermöglichen: 1. die sofortige Zusammenberufung des Reichstages, der immer noch bestehenden gesetzlichen Volksvertretung, die aber durch die Machthaber der Revolution ausgeschaltet ist, und 2. die unverzügliche Wahl einer Nationalversammlung. Wenn indes der 16. Februar als Wahltermin beibehalten wird, so wird nur die Hälfte der Wähler zur Wahlurne schreiten, die anderen sind inzwischen verhungert. Diese Auffassung bricht sich überall Bahn, mit alleiniger Ausnahme der Spartakus-Gruppe, die aus diktatorischen Gelüsten ja überhaupt nichts von einer Nationalversammlung wissen will. Die Regierung Ebert—Haase bemüht sich auf das ehrlichste, die Hindernisse, die der baldigen Wahl der Nationalversammlung entgegenstehen, zu beseitigen. Wir erklären, daß wir uns in dieser Frage und in der Ernährungsfrage rückhaltlos hinter diese Regierung stellen. Wir haben auch die Hoffnung, daß der dringende Ruf nach dem baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung alle Widerstände beseitigen wird. Angesichts der Möglichkeit, daß wir vielleicht schon in wenigen Wochen die Wahl vorzunehmen haben, muß jeder wissen, wie und wo er steht. Bei der so außerordentlichen Bedeutung der Wahl für die Geschicke unseres Volkes ist es notwendig, daß auch der letzte Mann und Frau zur Wahlurne schreitet. Die Nationalversammlung muß wirklich den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen. Der Aufmarsch der Parteien hat sich bereits vollzogen. Da ist zunächst die sozialdemokratische Partei mit den drei Untergruppen: Mehrheits-Sozialisten, Unabhängige und der Anhang von Liebknecht und Rosa Luxemburg, die sogenannte Spartakus-Gruppe. Von links nach rechts folgt die deutsche demokratische Partei. Sie ist hervorgegangen aus dem bisherigen Freisinn, angeschlossen haben sich andere liberale Elemente. Das Zentrum tritt unter der neuen Firma „Christlich-soziale Volkspartei" auf. Die deutsch-nationale Volkspartei, die den Zusammenschluß aller Gruppen und Grüppchen der bisher rechts stehenden Kreise verkörpert, hat bereits wenige Tage nach ihrer Gründung von den bisherigen Reichstagsabgeordneten der Rechtsparteien 87 unter ihrer Fahne versammelt. Sie hat in ihr Programm aufgenommen und ist bereit, mit sämtlichen Parteien, die die Wiederherstellung von Gesetz, Recht und Ordnung erstreben, zusammenzuarbeiten. Man könnte nun fragen: Warum noch diese neue Partei? Sie ist aber notwendig, um das Gleichgewicht im politischen Leben aufrechtzuerhalten. Wir begrüßen die Einigung des Gesamtliberalismus in der deutschen demokratischen Partei und sind bereit, mit ihr zu gehen; aber uns mit ihr zu verschmelzen, sind wir nicht in der Lage. Redner bespricht hierauf die in dem Aufruf der deutsch-nationalen Volkspartei aufgestellten sechzehn Richtlinien, zu einigen Punkten nähere Erläuterungen gebend. Er betont dabei u. a., daß die Frage der Verstaatlichung der Betriebe, die das Ziel der gegenwärtigen Machthaber ist, nicht auf diktatorisch einseitigem Wege entschieden werden darf. Der Verstaatlichung des Verkehrs können wir nur zustimmen. Es ist die Verstaatlichung der Eisenbahnen von Bismarck zum Wohl, zu Nutz und Frommen des gesamten deutschen Volkes ausgeführt worden. In Übereinstimmung mit den Worten des Vorsitzers der hiesigen Ortsgruppe der deutschen demokratischen Partei, Justizrat Aronsohn, gelegentlich der am vorigen Sonntag stattgefundenen Gründungsversammlung dieser Partei erklärt Redner, daß der Großgrundbesitz seine Lebensberechtigung in diesem Kriege erwiesen hat, um dann bei Erörterung der auf den Großgrundbesitz abzielenden Forderungen von gegnerischer Seite mit Nachdruck zu betonen, daß bei allem Entgegenkommen die deutsch-nationale Partei die Experimente sozialistischer Theoretiker zurückweisen muß. Innere Kolonisation ist das einzige Mittel, die durch den Krieg hervorgerufenen Schäden zu mildern. Mittelstandspolitik und soziale Fürsorge sind nach diesem furchtbaren Kriege mehr denn je am Platze. Die schärfste Erfassung der Kriegsgewinne ist nur ein Akt der Gerechtigkeit; denn der Zusammenbruch in diesem Kriege ist zumteil auch auf die Mißstände zurückzuführen, daß einzelne Leute Millionengewinne zum Schaden der Allgemeinheit eingeheimst haben. Bei Betonung der Notwendigkeit weitgehender Fürsorge für die Volksschule bemerkt Redner, daß, wenn wir 4½ Jahre hindurch diesen Krieg gegen eine Welt von Feinden ausgehalten, wir dies zum großen Teil der umfassenden Bildung unseres Volkes zu verdanken haben. Zur Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben führt der Vortragende aus, daß wohl mancher in der Versammlung sein würde, dem vor dem Kriege eine politisierende Frau ein Schrecken war. Wir brauchen aber jetzt jeden Arm und jeden Finger, um uns wieder aufzurichten. Die treue, unermüdliche Pflichterfüllung der Frau in diesem Kriege erheischt auch Rechte. Deshalb ist es nur recht und billig, daß der Frau politische Rechte verliehen worden sind. Wir wollen dankbar sein, wenn wir das Herz der Frau in unserer künftigen Politik zu spüren bekommen werden. Hierauf erklärt Redner unter dem Hinweis, daß über Deutschlands Zukunft durch die Nationalversammlung entschieden wird, nochmals: Die deutsch-nationale Volkspartei ist bereit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, die Recht und Ordnung sicherstellt, um alsdann mit folgenden Worten zu schließen: Wir leben in schweren Tagen, und Verzweiflung hat so manches Herz gebrochen. Und doch: Lassen Sie die Verzweiflung nicht Macht gewinnen über sich und das deutsche Volk. Aufbauen, und dies schnell, heißt es jetzt; arbeiten und nicht verzweifeln ist das Gebot der Stunde. — Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Redners und legte beredtes Zeugnis ab für die Übereinstimmung, in der er sich mit dem größten Teil der Versammlungsbesucher befand.

Im Anschluß hieran wurde einmütig folgender, von dem Vorsitzer, Mittelschullehrer Paul, verlesenen Entschließung zugestimmt:

„Die am Sonntag, den 8. Dezember 1918, im Viktoriasaal zu Thorn versammelten Männer und Frauen aus Stadt und Land erblicken in der Bildung der deutsch-nationalen Volkspartei und in ihren Richtlinien eine geeignete Grundlage, um weite Volkskreise zum Zusammenschluß in der Stunde größter Gefahr für Volk und Vaterland zu bestimmen, und erwarten, daß seitens der führenden Männer der Partei alles geschehen wird, um auch durch Herstellung einer Einheitsfront mit den anderen bürgerlichen Parteien zur Erhaltung unserer Wirtschaftsordnung und zur Rettung unseres Vaterlandes beizutragen. Sie erklären sich bereit, die derzeitige Reichsregierung bei Aufrechterhaltung der Ordnung und in ihrem Bestreben, die baldige Einberufung der Nationalversammlung durchzusetzen, zu unterstützen. Bis dahin ist der Reichstag, als die noch giltige gesetzliche Vertretung des Volkes, einzuberufen, um die sofortige Aufnahme der Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Sie verwahren sich gegen jede Diktatur und fordern, daß alle Widerstände gegen die Wahl zur Nationalversammlung, die uns allein den Frieden bringen kann, gebrochen werden."

In der freien Aussprache ergreift zuerst das Wort Herr Gütervorsteher Auksutat, der unter Bezugnahme auf einen Artikel des Universitätsprofessors Binding im „Tag" darauf hinweist, daß der Termin der Wahlen zur Nationalversammlung, der 16. Februar, zu spät ist; selbst der 19. Januar, der jetzt in Vorschlag gebracht, ist nicht zeitig genug, da die Friedensverhandlungen schon in vier Wochen beginnen, die jetzige Regierung aber von den Alliierten nicht zugezogen wird. Redner schlägt vor, daß der alte Reichstag einberufen wird und dieser zusammen mit dem Bundesrat einen Reichsverweser einsetzt; von diesem könne dann ein Reichskanzler berufen werden, den zum Friedenskongreß zuzulassen die Alliierten sich nicht weigern könnten. (Bravorufe.) Die Versammlung beschließt einstimmig, diese Forderung in die Entschließung mit aufzunehmen, was dadurch geschah, daß die Entschließung durch den vorletzten Satz ergänzt wurde. Die 2. Rednerin, Frau Clara Degener-Papau, bedauert, daß die Verkehrsverhältnisse auf dem Lande zurzeit so schlecht sind, sonst würden Ortschaften in größerer Anzahl vertreten seien. Die deutsch-nationale Partei müsse auch auf dem Lande Versammlungen abhalten. In der Versammlung, welche die demokratische Partei in Gramtschen veranstaltet, habe Sprecherin erleben müssen, daß von Landwirten gegen Landwirte, gegen Großgrundbesitzer und Offizierkorps, in trauriger Weise gehetzt wurde. Wenn es brennt, dann ist doch nicht Zeit, nach dem Anstifter zu fragen, sondern erst gilt es zu löschen. Im Gegensatz zu Gramtschen berühre die maßvolle Art der heutigen Versammlung sehr wohltuend. Staatsanwalt Bennecke sagt die Veranstaltung von Versammlungen im Landkreise zu. Frau Schulvorsteherin Staemmler lud die Frauen, die nun auch der politischen Schulung bedürften, zu der Versammlung ein, die für Dienstag Abend im Viktoriapark anberaumt ist, um die Frauen über ihre Bürgerpflicht aufzuklären. Auf eine Einwendung des Herrn Wingendorff jun. bemerkt der Vorsitzer, wie auch Staatsanwalt Bennecke, daß kein Widerspruch liege in dem Inhalt der Entschließung, die Einberufung der Nationalversammlung zu verlangen, und der Nachtragsforderung, unverzüglich für die Einleitung der vorläufigen Verhandlungen mit der Entente den Reichstag einzuberufen. Die jetzige Regierung könnte ja, wenn es so beliebt wird, bestätigt werden; ein Matrose habe ja schon dem Reichskanzler Ebert das Präsidentschaftsamt angeboten. (Heiterkeit.) Frau von der Lancken: In Schlesien haben die Frauen erklärt, sie würden sich die Religion nicht nehmen lassen. Auch hier werden sich die Frauen der Partei anschließen, die auf Religion hält. Drehermeister Sokolowski, Mitglied des Soldatenrats: Die Religion soll in der Politik aus dem Spiel bleiben. Der jetzige Reichstag vertritt nicht die Mehrheit des Volkes und kann daher nicht das Vertrauen des Volkes haben. Die Mehrheit des Volkes stehe hinter den Arbeiter- und Soldatenräten. (Stürmischer Widerspruch.) Die Mehrheit sind die arbeitenden Klassen (Zurufe: Nein!), wenigstens was wir unter Arbeitern verstehen. (Große Heiterkeit; Zuruf: Sie haben in 14 Tagen 800 Millionen verpulvert! und Rufe: Schluß!) Der Vorsitzer fordert energisch auf, den Redner nicht weiter zu unterbrechen. Sprecher, fortfahrend: Die Soldatenräte gehören mit verschwindenden Ausnahmen der sozialdemokratischen Partei an. Die Einsetzung einer neuen Regierung werde ihren Zweck nicht erfüllen. Sie sei konservativ oder der Spartakus-Partei angehörig: wenn die Feinde einrücken wollen, werden sie es in jedem Falle tun. (Rufe: Nein! und: Die neue Regierung wird wenigstens zu den Friedensverhandlungen zugelassen!) Von Frankreich, das völlig kapitalistisch, sei nichts zu erhoffen. Die Hauptsache ist, Ruhe und Ordnung zu wahren. Die Konservativen sind ja besonnen. Aber auch die Alldeutschen sollten uns unterstützen. Gehen Sie mit uns Hand in Hand! Herr Zorger (Soldat) beleuchtet, wie Soldatenräte gewählt werden; wer am meisten schreie, werde gewählt. Die Ansicht des Vorredners über die Religion müsse entschieden bekämpft werden. Herr Buchdruckermeister Allmann: Die Mehrheit des Volkes steht nicht auf der Seite des Soldatenrats. Dieser solle die Ruhe aufrechterhalten, aber es unterlassen, anderen seine demokratische Gesinnung aufzudrängen. Was solle man dazu sagen, wenn zum Thorner Soldatenrat ein Mann gehöre, der, ohne im Schützengraben gewesen zu sein, in der Garnison vom Gemeinen zum Feldwebel befördert wurde und in den Revolutionstagen das Plündern geduldet habe? Herr Sokolowski erwidert, er habe nicht gesagt, daß jemandem die Religion genommen werden solle; es sollen nur nicht Personen besteuert werden, die sich nicht zur Kirche bekennen. (Zuruf: Wer die Steuer nicht tragen will, kann ja aus der Kirche austreten!) Es ist Sache der Schule allein, die Jugend fürs Leben tüchtig zu machen; dazu ist Religion nicht nötig. (Widerspruch.) Herr Bildhauer Armer: Als Teilnehmer an der Versammlung in Gramtschen wolle er richtigstellen, daß dort nur zutage getretene Mißstände gerügt wurden. Umgehungen der Kriegsverordnungen durch Großgrundbesitzer, die Getreide verfüttert hätten, und der Kastengeist der Offiziere, dem die demokratische Partei ein Ende machen wolle. Herr Richau (Soldat) führt, zur Unterstützung der Ansicht des Vorredners Zorger an, daß in Kiel die Anführer der Plünderer zu Soldatenräten gewählt und Veteranen des Weltkrieges von halbwüchsigen Burschen entwaffnet wurden. Später sei es allerdings besser geworden. Aber zu wünschen bleibe, daß die Nationalversammlung baldigst gewählt werde. (Lebhafte Zustimmung.) Herr Hederich: Ich bin Mitglied einer Freikirche, die also keinen Zuschuß vom Staate hat. Aber trotzdem halte ich es für geboten, auch die Religionsfrage im Wahlkampfe zur Sprache zu bringen, da doch erst die Nationalversammlung darüber zu entscheiden haben wird. Die Frage ist auch für das Staatswesen keineswegs unwichtig: Wenn wir religiöser gewesen wären, wären wir nicht zusammengebrochen. (Ruf: Sehr wahr!) Auch in der Etappe sah ich nur wenige Offiziere am Gottesdienst teilnehmen. Der Reichstag ist die gesetzliche Vertretung des Volkes. Bis zu seiner Einberufung werden wir die jetzige Regierung unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Herr Mittelschulrektor Krieger: Von der Revolution erhoffen wir auch Gutes, wenn uns auch der Wechsel schwer fällt. Wenn man den Religionsunterricht beseitigt, nimmt man uns Werte, die durch nichts anderes zu ersetzen sind. Hierüber darf nicht die jetzige Regierung einseitig entscheiden, darüber muß erst die Elternschaft und die Lehrerschaft entscheiden. Wenn gesagt ist, Religion sei nicht nötig, so möchte ich fragen: Haben wir nicht in diesem Weltkriege Religion gebraucht? (Zustimmung.) Ich möchte gern einmal hierüber die alten Soldaten sich äußern hören. Herr Sokolowski erklärt, wohl mit Bezug auf den Zuruf betreffend die 800 Millionen, daß ein Mitglied des Thorner Soldatenrats 10 Mark täglich bekomme. (Zuruf: 13 Mark!); ich bekomme 10 Mark. Wir haben in der Plünderungsnacht Räubern 270 000 Mark Beutegelder, als sie diese schon unten an der Weichsel verteilten, abgenommen, die uns von Berlin zuerkannt sind. Davon leben wir, da wir sonst von der Stadt hätten Gelder nehmen müssen. (Zuruf: Staatsgelder!) Sie wollen, daß wir von nichts leben. (Zuruf: Es muß auch Arbeit geleistet werden!) Im Schlußwort stellt Staatsanwalt Bennecke richtig, daß gerade die Sozialdemokratie das Wort „Religion" in den Wahlkampf geworfen habe, Adolf Hoffmann in einer das religiöse Gefühl verletzenden Weise; es muß also dazu Stellung genommen werden. Herr Sokolowski spricht vom Reichstag als von einem vermorschten Gebäude. Weshalb hat denn die Sozialdemokratie immer nach ihm geschrien? (Zuruf: Wir hatten nichts besseres!) Nun, jetzt haben wir auch nichts besseres. Als es galt, die Parlamentsherrschaft einzuführen, da hieß es immer, der Reichstag sei die einzige wahre Volksvertretung. Jetzt, nachdem Sie zur Macht gelangt sind, ist er Ihnen ein altes Gerümpel? (Stürmische Heiterkeit.) Herrn Irmer, der sich über einzelne Verfehlungen anderer Stände, des Großgrundbesitzes und des Offizierkorps, entrüstet, möchte ich an das lateinische Sprichwort erinnern: „Es wird innerhalb und außerhalb der Klostermauern gesündigt." Er zeige mir einen Stand, der sich nicht gegen die Kriegsverordnungen vergangen hat. (Allseitige Zustimmung und Bravorufe.) Der Vorsitzer schloß hierauf mit einem Hoch auf unser liebes teures Vaterland, das wir mit ganzem Herzen festhalten wollen, gegen 1.45 Uhr die Versammlung.

Lokalnachrichten.

Thorn, 9. Dezember 1918.

— (Das Eiserne Kreuz) 2. Klasse erhielt der Glasermeister, Blinker Wilhelm Schmidt aus Schöneck (Res.-Inf.-Regt. 61).

— (Rücktrittsabsichten.) Der „Berl. Lokalanz." läßt sich aus Danzig melden, daß sich der westpreußische Oberpräsident von Jagow mit Rücktrittsgedanken trage. Die „Danz. Ztg." bemerkt hierzu: Schon seit einigen Wochen ist uns diese Absicht unseres Oberpräsidenten bekannt, wir können sogar hinzufügen, daß das Abschiedsgesuch des Herrn von Jagow den zuständigen Stellen in Berlin bereits seit einiger Zeit vorliegt. Das Abschiedsgesuch ist nicht durch die veränderten Zeitverhältnisse veranlaßt, sondern aus gesundheitlichen Gründen. Es ist bekannt, daß Herr von Jagow seit Jahren krank ist, daß ihn sein Zustand auch wiederholt zu längerer Arbeitsruhe veranlaßt hat. Herr von Jagow hat seinen Abschied zum 1. Februar 1919 erbeten; er hat sich aber bereit erklärt, noch länger im Amte zu verbleiben, wenn seine Dienste noch des weiteren gebraucht würden. Wie wir erfahren, dürfte mit Herrn von Jagow auch seine rechte Hand, Oberpräsidialrat von Liebermann, aus dem Amte scheiden, der seit 12 Jahren in Danzig wirkt und schon die Grenze der höchsten Dienstjahre überschritten hat.

— (Der Gesamtverlust der deutschen Lehrerschaft an Gefallenen) während des Weltkrieges wird nach der „Köln. Ztg." auf weit über 20 000 geschätzt.

— (Neue Reichsbanknoten.) Es werden demnächst Reichsbanknoten zu 1000 Mark und zu 100 Mark ausgegeben werden, welche sich von den Noten zu 1000 Mark mit dem Datum des 21. April 1910 und von den Noten zu 100 Mark mit dem Datum des 7. Februar 1908 nur dadurch unterscheiden, daß die beiden Stempel und die Nummern nebst Litera anstatt in roter Farbe in grüner Farbe gedruckt sind.

— (Die Ziehung der Roten Kreuz-Geldlotterie) hat nicht stattfinden können. Sie ist auf den 14., 15., 16., 17. und 18. Januar 1919 verschoben worden.

— (Die Aussichten unserer Brotversorgung) haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge des frostfreien Wetters die Hackfruchternte teilweise rascher als erwartet beendigt wurde. Dadurch sind viele Arbeitskräfte frei geworden, sodaß die Bemühungen der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide, als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang aufrechterhalten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide derart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 hinaus gesichert ist. Wenn in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß die alte Regierung über unsere Vorräte Berichte gegeben hat, die den Tatsachen nicht entsprochen haben, so erklärt sich das damit, daß zwischen Ernteschätzungen, Ernteerträgen und Ernteerfassung bedeutende Unterschiede sich stets ergeben müssen. Durch die Grippe-Epidemie, die große Erschwerung unserer Transportverhältnisse und besonders durch die politischen Ereignisse sind in der letzten Zeit empfindliche Verzögerungen in

der Ablieferung hervorgerufen worden. Unzutreffende Angaben über vorhandene Vorräte sind von keiner amtlichen Seite gemacht worden.

— (Die Jahrgänge 1896—1899.) Von vielen Seiten werden beunruhigende Nachrichten über das Festhalten der Jahrgänge 1896—1899 beim Heere laut. Hierzu teilt das Kriegsministerium folgendes mit: Die Zurückhaltung der Jahrgänge 1896—99 dient lediglich dem Bedarfe der Übergangszeit. Die Entlassung der Jahrgänge 1896—97 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Sie sollen keinen Tag länger gehalten werden, als der Gang der Demobilmachung und besonders auch der Rückbeförderung der Gefangenen es erfordert. Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrganges 1896 Anfang Januar begonnen wird und auch die Entlassung des Jahrganges 1897 noch im Januar beginnen kann. Über die Jahrgänge 1898 und 1899 wird die Regierung dann beschließen.

— (Die Aufklärungszentrale Osten.) Wie W. T.-B. mitteilt, ist an die Arbeiter- und Soldatenräte der Ostprovinzen diesseits der Grenze folgende Weisung ergangen: Der Berliner Vollzugsrat hat beschlossen, zur Stärkung und zum Ausbau der sozialistischen Interessen im Sinne der neuen Republik als Provisorium bis zum 16. 12. 18 eine Aufklärungszentrale Osten für alle dortigen Arbeiter- und Soldatenräte zu schaffen. Diese Aufklärungszentrale soll für die Soldatenräte des Ostens die Schaffung gemeinsamer Richtlinien hinsichtlich ihrer Tätigkeit, Absichten und Ziele, sowie der Beaufsichtigung aller Behörden ermöglichen. Zu diesem Zweck beauftragen wir den Arbeiter- und Soldatenrat Thorn, alle Arbeiter- und Soldatenräte des Ostens mit seinem Rat in entscheidenden Fragen zu unterstützen. Der Arbeiter- und Soldatenrat steht in direkter Verbindung mit dem Berliner Vollzugsrat. Die Bildung ist für den Zusammenschluß der Arbeiter- und Soldatenräte des Ostens erforderlich, damit diese als geschlossener Block die Interessen der deutschen sozialistischen Republik vertreten können.

— (Frauen, lernt wählen!) Am 10. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im Viktoriapark ein parteilos aufklärender Vortrag über das den Frauen verliehene Wahlrecht statt. Über die Pflichten und Rechte, die mit diesem Gesetz an die Frauen herantreten, herrscht noch große Unklarheit. Es tauchen unendlich viel Fragen auf: Wie wird gewählt? Was heißt Verhältniswahl? Welche Folgen entstehen, wenn Frauen aus Gleichgiltigkeit nicht wählen? Was bezweckt die Nationalversammlung? Muß sie sofort einberufen werden? Welche Rechte sind den Frauen durch das passive Wahlrecht verliehen? Alle derartigen Fragen finden im Vortrag Aufklärung. Darum, ihr Hausfrauen und Haustöchter, Schneiderinnen, Verkäuferinnen, Lehrmädchen, Büroangestellte, Arbeiterinnen, Lehrerinnen u. a., kommt und laßt euch aufklären über eure Rechte und Pflichten!

— (Beamtenverein zu Thorn.) In der am Freitag abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung wurden 5 Herren in den Beamtenausschuß gewählt. Der Vorsitzer teilte alsdann mit, daß nach einem mit dem Reichsschatzamt getroffenen Übereinkommen auch Reichsbeamten, sofern sie Vereinsmitglieder sind oder werden, Staatsdarlehen zu billigem Zinsfuß gewährt werden können. Entsprechende Anträge sind beim Vorstand zu stellen. Ferner wurden die neu eingetretenen Mitglieder darauf hingewiesen, daß in der Buchhandlung von Golembiewski Theaterkarten zu Blockpreisen zu haben sind. Im Anschluß an die Hauptversammlung fand eine Sitzung der Ausschußmitglieder sämtlicher Thorner Beamtenvereine statt. Dieser Ausschuß wählte einen siebengliedrigen Beamtenrat, der die Interessen der Beamten- und Lehrerschaft wahrnehmen soll.

Ermordung russischer Großfürsten?

Man müßte an der Menschheit und Menschlichkeit verzweifeln, wenn sich eine Nachricht bestätigen sollte, die aus Charbin kommt. Nach dieser Nachricht haben die Bolschewisten in Alapajew den Großfürsten Sergei Michailowitsch, die Großfürstin Elisabeth Feodorowitsch und die Großfürsten Johann, Konstantin und Igor ermordet. Diese Angehörigen des früheren Zarenhauses wurden gezwungen, in einen Bergwerksschacht zu springen, wo ihre Leichen gefunden worden sind. Zur Ehre der Menschheit kann nur angenommen werden, daß die Bolschewisten, wenn sie es schon für nötig gehalten haben, diese Anverwandten des früheren Zaren mit dem Tode zu bestrafen, wenigstens eine andere Todesart gewählt haben werden. Denn eine solche Barbarei ist selbst bei den unkultiviertesten Menschenrassen heutzutage fast undenkbar. Nach russischen Blättern war das übrigens dieselbe Bande, die die Zarin und ihre fünf Kinder umgebracht hat, deren Leichen gefunden worden sind.

Liebesgaben für unsere Truppen.

Es gingen weiter ein:

Sammelstelle bei Frau Kommerzienrat Dietrich, Breitestraße 35: Für heimkehrende Truppen: Frau Hilde Landauer-München 40 Mark. — Fürs Rote Kreuz: Malermeister Knopf aus einer Sammelbüchse 1,22 Mark.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 9. Dezember, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 769 mm.
Wasserstand der Weichsel: 0,62 Meter.
Lufttemperatur: — 6 Grad Celsius.
Wetter: trocken. Wind: Norden.
Vom 8 morgens bis 9. morgens höchste Temperatur — 2 Grad Celsius, niedrigste — 6 Grad Celsius.

Letzte Nachrichten.

Englische Kriegsschiffe vor Danzig.

Danzig, 9. Dezember. Gestern Mittag liefen die englischen Geschützkreuzer „Centauer" und „Coventy" in den Hafen von Neufahrwasser ein. Angeblich sollen sie den Abtransport der in Danzig zusammengezogenen englischen Gefangenen überwachen.

Raubmord in Danzig.

Danzig, 9. Dezember. In der Nacht zum Montag wurde der Rentner Franz Rahn in seiner Wohnung, Brotbänkengasse 12, ermordet und beraubt. Der Mörder ist unerkannt entkommen.

Das Entlassungsgesuch des spanischen Botschafters in Berlin genehmigt.

Madrid, 8. Dezember. (Havas.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, in dem das Entlassungsgesuch des spanischen Botschafters in Berlin, P. Bernabe, angenommen wird. Der Botschaftsrat hat seine Amtspflichten übernommen, da die spanische Regierung einen Nachfolger erst ernennen kann, wenn die politische Lage in Deutschland wieder normal geworden ist.

Berliner Börse

vom 7. Dezember.

Die gestrigen unerfreulichen Zwischenfälle in Berlin haben auf die Börse anfangs verstimmend gewirkt und die gestern zum Durchbruch gekommene Erholung der Kurse zunächst etwas beeinträchtigt. Das fand in mäßigen Kursrückgängen am Schiffahrts- und Montanmarkte sowie in stärkeren Kursnachlässen für Rheinische Metallwaren, Daimler, A. E. G. und Badische Anilin-Aktien seinen Ausdruck. Abgesehen hiervon waren aber verschiedene Werte wie Schantung, Große Berliner Straßenbahn, Türkische Tabakaktien, einige Montanpapiere, Höchster Farbwerke und Gebr. Böhleraktien von vornherein zumteil ziemlich beträchtlich im Kurse gesteigert. Dies und die späterhin wiederum einsetzenden vorsichtigen Meinungskäufe anscheinend kapitalkräftiger Kreise von außerhalb der Börse bewirkten im Verlaufe eine allgemeine Befestigung, sodaß die eingangs erwähnten Kursrückgänge zumteil wieder ausgeglichen und verschiedentlich darüber hinaus noch Besserungen erzielt werden konnten. Das Geschäft hielt sich aber dauernd in engen Grenzen. Von heimischen Rentenwerten behaupteten bei ziemlich großen Umsätzen Kriegsanleihe sowie die alten Anleihen des Reiches und Preußens ihre gestrigen Erholungen. Auf der zu Einheitskursen gehandelten Industriemarkt war die Gesamtverfassung wiederum als wesentlich freundlicher als an den Vortagen zu bezeichnen, bei überwiegenden Kursbesserungen der früher am meisten mitgenommenen Papiere.

vom 9. Dezember.

Entgegen vielfach in Börsenkreisen gehegten Befürchtungen sind die gestrigen Demonstrationen in Berlin ruhig verlaufen. Die Börse schöpfte darin die Hoffnung, daß eine weitere Entwickelung sich unter Aufrechterhaltung der Ordnung vollziehen wird. Infolgedessen konnte eine wesentliche Erholung Platz greifen. Beim Zählen ausreichenden Angebots bewirkten die Käufe in vielen Fällen recht erhebliche Steigerungen. So waren vor allem Farbwerte und rheinisch-westfälische Hüttenwerte gleichfalls recht gesteigert. Schiffahrtsaktien stellten sich leicht um Bruchteile eines Prozents höher. Am Anlagenmarkt neigte deutsche Anleihe zur Schwachheit. Die Geschäftstätigkeit nahm bald nach Beginn bemerkenswert ab. Gegen Schluß machte sich ein geringes Nachlassen der Festigkeit bemerkbar. Am Anlagenmarkt waren Pfundanleihen, namentlich Chinesen sehr fest. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte stellten sich vorwiegend höher.

Berliner Produktenbericht

vom 7. Dezember.

Nachdem vor einigen Tagen die neuen Erzeugerhöchstpreise für Rüben herausgekommen sind, sind nunmehr auch die Richtpreise für den Groß- und Kleinhandel bekannt gegeben worden. Im hiesigen Verkehr bleibt andauernd Bedarf für Rüben zu Futterzwecken lebhaft. Für Sommersaatweizen und Sommersaatroggen besteht einiger Begehr für bayerische Rechnung. Auch sonst zeigt sich allmählich mehr Interesse für Sommersaat. Die Ankünfte von Heu und Stroh sind umfangreicher geworden. Auch steht dem freien Verkehr mehr zur Verfügung, da die Landlieferungen für die Heeresverwaltung ziemlich aufgehört haben und die Sperre in manchen Kreisen beseitigt ist. Knapp bleibt dagegen nach wie vor Stroh, doch hofft man auch für diesen Artikel auf mehr Ware.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.

Für telegraphische Auszahlungen	a. 7. Dezemb. Geld	a. 7. Dezemb. Brief	a. 6. Dezemb. Geld	a. 6. Dezemb. Brief
Holland (100 Gld.)	337,—	337,50	331,—	331,50
Dänemark (100 Kronen)	200,50	201,—	197,50	198,—
Schweden (100 Kronen)	227,25	227,75	223,25	223,75
Norwegen (100 Kronen)	212,75	213,25	208,75	209,25
Helsingfors (100 finn. Mk.)	76,25	76,75	76,25	76,75
Schweiz (100 Francs)	160,75	161,	157,75	158,—
Oesterreich-Ungarn (100 Kr.)	53,95	54,05	54,20	54,30
Konstantinopel	—,—	—,—	—,—	—,—
Spanien (100 Pesetas)	136,—	137,—	136,—	137,—

Weihnachtskerzen aus Stearin, Wachs 2c. sind verboten. Viel praktischer u. sparsamer sind meine gesetzl. Ersatzkerzen.
Baldur-Weihnachtskerzen. 100 Stck. 60 Mk., 50 Stck. 31.50 Mk., Probesendung enth. 30 Stck. 20 Mark frei Haus Nachn.
Versandhaus E. Schroeder, Berlin SW. 48, Friedrichstr 30

An Selbstverbraucher gebe jede Menge
Zigaretten, Zigarren, Rauch- u. Kautabak ab.
Fritz Schmidt, Fischerstr. 45.

Kraft-Bindfaden, Versand-Schachteln aller Größen hat noch billigst abzugeben.
W. Groblewski, Thorn, Seglerstraße 9, Telephon 340, Postfach 75 (Eingang Ecke Araberstr.)

Junge Dame sucht **französischen Unterricht** (hauptsächlich Konversation.) Angebote unter V. 4121 mit Angabe des Honorars an die Geschäftsstelle der „Presse".

Vizefeldwebel, jetzt militärfrei, gel. Kaufmann, 26 Jahre alt, sucht Besch. für Büroarb. Angebote unter V. 4146 an die Geschäftsstelle der „Presse".

Junger, umsichtiger Kaufmann sucht Beschäftigung für halben Tag (auch nimmt er schriftliche Arbeiten nachhause). Gefl. Angebote unter K. 4160 an die Geschäftsstelle der „Presse".

Junger Mann, vom Militär entlassen, 26 Jahre alt, sucht Stellung als Kassenbote od. Kassierer. Kaution vorhanden. Gefl. Angebote unter P. 4140 die Geschäftsstelle der „Presse".

Junges Mädchen, Jahre alt, das früher im Säuglingsheim tätig gewesen, sucht ähnliche Stellung in einer Anstalt oder Gut. Angebote unter X. 4098 an die Geschäftsstelle der „Presse".

Sofort gesucht ältere, alleinstehende, unbedingt ehrliche und zuverlässige Dame, die gegen freies Wohnen leidendem, bess. Herrn wirtschaften möchte. Angebote unter F. 4156 a. d. Geschäftsst. d. „Presse".

Zuverlässige Ausbesserin von sogleich gesucht. Schulstr. 46, 2.

Verkäufe

Ein Damen-Wintermantel, Größe 42, zu verkaufen. Katharinenstr. 5, 2.

Kindersportwagen und Babykorb zu verkaufen. Friedrichstr. 10/12, 3, r.

Damen-Sturmpelzkragen, echt Fuchs, und verschiedene Wäsche umständehalber preiswert zu verk. Sternberg, Gerechtestraße 2.

Fast neue, moderne, echte **Seal-Garnitur** zu verkaufen. Schillerstraße 8, 1.

Fast neue **Artillerie-Extramütze** (Größe 58) zu verkaufen. Schillerstr. 8, 1.

1 taubengraue Plüschgarnitur, 1 Teppich, 2 Portieren, alles passend, 1 Salon-Tisch, 2 Ständer, fast neu, 1 dunkelgrünes Sofa, 1 Eßtisch billig zu verkaufen Grunau, Bodgorz, Ringstr., Wache 2.

Zu verkaufen: 1 handgesticktes Bettkissen, 12 Mtr grauen Cindner-Sammet, 2 Trauerschleier. Brückenstraße 34.

Zu verkaufen: ein Paar Knabenstiefel, Gr. 30, ein Paar Herren-Schnürschuhe, Gr. 42, zwei Gasthyren, Messing. Zu erfr. Wiesenstr. 6, part., l. Besichtigung nur vormittags.

Lange Stiefel, Bockkalf, Größe 28, zu verkauf. Gerstenstraße 11, 3 Tr.

Elegante Damenwäsche (Friedensstoff) zu verkaufen. Angebote unter X. 4148 an die Geschäftsstelle der „Presse".

Ullstein-Bücher und andere Bücher, Gehrock, Hut, eine Plastik zu verkaufen. Brombergerstr. 58, 1 r.

Eine Garnitur, Sopha, 2 Sessel, zu verkaufen. Talstr. 21, part., r.

Habe zu verkaufen wenig gebrauchte **große Eisenplatte** für Gas und Heizung mit Warmwasserbehälter. Klosterstr. 16, 1.

Tragende Stute steht zum Verkauf bei C. Schmidt, Lindenstr. 40.

Eine gut erhaltene, größere **Eisenbahn für Kinder** zu kaufen gesucht. Angebote unter Z. 4150 an die Geschäftsstelle der „Presse".

Ein gebrauchtes, gut erhaltenes **Schaukelpferd** zu kaufen gesucht. Angebote unter W. 4147 an die Geschäftsstelle der „Presse".

Suche zu kaufen: **10 000 Ziegelsteine** und einen Feder-Geschäftswagen. Angeb. u. Y. 4149 a. d. Geschäftsstelle der „Presse".

Frauen Thorns und Umgegend!

Die Umwälzung unseres staatlichen Lebens hat uns Frauen das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften gebracht. Die neue Zeit stellt Anforderungen an uns, denen wir zum größten Teile ungeschult gegenüberstehen. Und dabei **sollen** und **wollen** wir schon mitbestimmend am Aufbau der neuen Staatsform wirken. Wir müssen uns daher schnellstens das politische Wissen aneignen, das die Männer durch jahrzehntelange Erziehung erworben haben. Wir müssen uns unterrichten, um nicht den Werbungen aller Parteien kritiklos gegenüber zu stehen. Die Wahlen zur Nationalversammlung müssen uns schon aufgeklärt und unserer Rechte und Pflichten bewußt finden. Jede Frau muß an der Wahlurne die ganze Verantwortung empfinden, die sie durch ihre Stimmabgabe auf sich nimmt. Mit dem verliehenen Wahlrecht ist uns auch die Wahlpflicht erwachsen. Es ist die wichtigste Pflicht aller Frauen, auch derjenigen, die bisher abseits vom politischen Leben standen, sich darüber zu unterrichten, wie sie ihre neuen Rechte zum besten ihres Volkes ausüben können. Daher Frauen, lernt wählen, damit Ihr richtig wählen könnt!

Am **10. Dezember,** abends 7½ Uhr, im großen Saale des Viktoriaparks

Allgemeine Frauen-Versammlung

für alle Frauen aus Stadt und Landkreis Thorn.

„Aufklärung über das politische Wahlrecht der Frau".

Männer sind willkommen. Eintritt frei.

I. A.:

Der Arbeitsausschuß:

Klug-Ernstrode. v. d. Lancken. Meisel. Michaelis. Model. Staemmler. von Thadden.

Gutmöbl. Zimmer, Bad, elektr. Licht, eventl. auch mit Pension zu vermieten. Mellienstraße 109, 1.

Gut möbl. Zimmer von sofort zu vermieten. Waldstraße 27a, part.

3 Feldgraue, Alter 21—24 Jahre, suchen Bekanntschaft mit jungen, netten Damen zwecks späterer Heirat. Bewerberinnen, die für 50 Jahre Kostgeld mitbringen, werden bevorzugt. Zuschriften mit Bild unter R. 4142 an die Geschäftsstelle der „Presse".

4 junge Herren wünschen Bekanntschaft mit liebevollen, netten Damen; spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Discretion Ehrensache. Zuschriften mit Bild unter S. 4143 an die Geschäftsstelle der „Presse".

Zwei junge Mädchen, kath., im Alter von 18 und 24 Jahren, suchen auf diesem Wege Herrenbekanntschaft zwecks späterer Heirat. Zuschriften mit Bild unter U. 4145 an die Gesch. d. „Presse".

Weihnachtswunsch! 2 Freunde, forsche Erscheinungen, die aus dem Felde zurück, denen das Junggesellenleben über, suchen auf diesem Wege passende Heirat. Damen mit gr. Herzensgüte und Sinn für traute Häuslichkeit, etwas Vermögen, am liebsten v. Lande, Kriegerwitwen nicht ausgeschlossen, wollen vertrauensvolle Zuschriften mit Bild unter D. 4154 an die Geschäftsstelle der „Presse" senden.

Der Soldat, welcher abends 10 Uhr den Mörder Muff am Stadtbahnhof an der verunglückten Droschke aufhob, wird gebeten, denselben gegen hohe Belohnung im Landwirtschaftlichen Hausfrauen-Verein, Baderstraße 32, abzugeben.

Hohe Belohnung! Heute vormittags auf dem Markt **Geldtasche** mit 350 Mark, großen Scheinen u. annähernd 20 Mk. kleinen Scheinen verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe in der Geschäftsstelle der „Presse" abzugeben. Das Geld gehört einem armen jung. Mädchen, deren Sachen verbrannt sind und sie die Summe als Entschädigung bekommen hat.

Am Freitag Nachmittag beim Fleischermeister Kupp **ein Schlüssel** verloren. Bitte abzugeben in der Geschäftsstelle der „Presse".

Tieferschüttert zeigt das Offizierkorps den Heldentod von drei um das Regiment hochverdienten Offizieren an.

Am 1. 11. 18 fielen in heißer Abwehrschlacht

Hauptm. d. R. Wallmann

Führer des 2. Bataillons,
Ritter des königl. Hausordens von Hohenzollern,
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und des Hanseatenkreuzes.

2 volle Jahre stand Hauptm. Wallmann an der Spitze des 2. Bataillons, das er zu unserer Freude vor wenigen Wochen nach langer Krankheit wieder hatte übernehmen können. In den schwierigsten Kampflagen hatte er sich als umsichtiger Führer bewährt. Seine Tapferkeit, wie seine Pflichttreue waren vorbildlich und sicherten ihm die Verehrung aller, die mit ihm in Berührung kamen.

Leutnant d. R. Hahn

Führer der 11. Kompagnie,
Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse.

Auch er hat lange Zeit in harten Kämpfen seine Kompagnie erfolgreich geführt. Trotz eines schmerzhaften Leidens konnte er sich nicht entschließen, seine Truppe zu verlassen, die ebenso an ihm hing, wie er sie fest in der Hand hatte.

Am 31. 10. 18 fiel

Leutnant d. R. Ostertag

Erst vor kurzem dem Regiment überwiesen, hat sich Lt. Ostertag durch seine vortreffliche Haltung im Feuer schnell die allgemeine Achtung erworben. Das tödliche Blei erreichte ihn, als er gewissenhaft an bedrohtester Stelle die vordere Linie abging.

Viele tapfere Unteroffiziere und Mannschaften haben ihre Treue für das Vaterland in den letzten schweren Tagen ebenfalls mit dem Tode besiegelt. Wir gedenken ihrer in Dankbarkeit.

v. Keiser,
Oberstleutnant und Kommandeur des Infanterie-Regiments v. d. Marwitz (8. pomm.) Nr. 61.

Ihre Vermählung zeigen an

Telegraphist Otto Riege
und
Frau Martha Riege, geb. Tietz.

Schönsee den 10. Dezember 1918.

Dr. Ricken und Frau Leni
zeigen die Geburt ihrer Tochter Liselotte an.

Thorn den 7. Dezember 1918.

Unserer lieben Schwester Liesbeth, z. Zt. im Barackenlazarett D-Mocker, zum Geburtstage die besten Glückwünsche von einstigen Patienten **Press . . . Meyer.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, insbesondere Herrn Pfarrer Johst für die trostreichen Worte am Sarge und die vielen Kranzspenden sagen wir hiermit Allen unsern herzlichsten Dank.

Schönwalde den 9. Dezember 1918.

Emma Rietz nebst Kindern.

In das Handelsregister ist bei der Firma: Thorner Fahrradwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Thorn eingetragen. Die Vertretungsbefugnis des Liquidators, der Frau **Meta Klammer**, hierselbst, ist beendigt und die Firma erloschen.

Thorn den 16. November 1918.

Amtsgericht.

Sitzung
des
Lehrerausschusses
am
Freitag den 13. 12.,
um 2 Uhr im Sitzungssaale des Oberlyzeums (Gerberstraße).

Dr. Albrick.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Dr. Opitz,

Spezialarzt
für innere Krankheiten,
Altstädt. Markt 8.

Sämtliche Glaserarbeiten
werden ausgeführt.
B. v. Czerniewicz,
Lindenstr. 8.

Eisbahn Grützmühlenteich
eröffnet.

Unsere Sammlung „Für die heimkehrenden Krieger"
hat die Summe von 990,35 Mk. ergeben.
Allen Gebern herzlichen Dank!

Die kaufm. Angestelltenverbände.

Am **Mittwoch den 11. Dezember**, abends 6 Uhr, findet im großen Saale des Viktoriaparks eine

öffentliche Volksversammlung

statt.

Tagesordnung:

Die bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie.

Referent: Parteisekretär Genosse **Gohl**, Danzig.

Parteigenossen und Angehörige aller Volksschichten, agitiert für diese Versammlung.

Es gilt unsere durch die Revolution errungene Freiheit zu sichern, das können wir nur durch einen Zusammenschluß der arbeitenden Bevölkerung erreichen.

Darum hinein in die Versammlung!
Es lebe die Revolution!
Es lebe die Freiheit des Volkes!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

Odeon-Lichtspiele, Gerechtestr. 3.
Von Dienstag bis Donnerstag:

Der Fall Rosentopf.

Ein eigenartiger Fall.
In 3 Akten von Ernst Lubitsch und Hans Kräly i. d. Hauptrolle.

Personen:

Rentier Klingelmann	Ferry Sikla.
Rosa, Dienstmädchen	Marg. Kupfer.
Detektiv Tepps	Fritz Niemand.
Salz, sein junger Mann	* * *
Bella, Tänzerin	Trude Hesterberg.
Frau Hinze, Zimmerv.	Else Wagner.

Die blonden Mädels vom Lindenhof.

Filmschwank in 3 Akten.
Nach dem gleichnamigen Filmschwank von Georg Okonowski.
Hauptrollen: Konrad Dreher, Melita Petri und Leo Peukert.

Metropoltheater, Friedrichstr. 7.
Von Dienstag bis Donnerstag:

Der Narr hat sie geküßt.

Aus dem Artistenleben in 4 Akten.
Hauptrolle: Leontine Kühnberg.

Personen:

Alfred Doran, Direktor von Variétés	Max Ruhberg.
Hedda, seine Tochter	Leontine Kühnberg.
Halden, Großkaufmann	M. Löbbert.
Bartian, Kammersänger	H. Schwambron.

usw.

Die Sprache der Vergangenheit.

Schauspiel in 3 Akten.

Personen:

Gräfin Clara	Frau Thomsen.
Graf Paul, ihr Sohn	Carlo Wieth.
Ellen	Gudrun Houlberg.
Storm, Kunstmaler	Fr. Fander.

Bekanntmachung.

Am
Dienstag den 10. d. Mts.,
vormittags 10 Uhr,
werden wir im Bürgerhospital guterhaltene

Nachlaßsachen,

darunter **Möbel, Betten, Wäsche** versteigern lassen.

Thorn den 7. Dezember 1918.

Der Magistrat II.

Auf die Erklärungen der Herren **Mescck** und **Raubo** in der am 4. d. M. und gestern erschienenen „Thorner Presse" und „Thorner Zeitung" habe ich Folgendes zu erwidern:

Die Friedensliebe der früheren Machthaber erscheint mir z. B. für den Kaiser dadurch erwiesen, daß sie geradezu weltbekannt war; witzelten doch die Franzosen darüber und sprachen den Kaiser als „Guillaume le timide" an.

Ich muß es auch als pflichtgemäßen Akt der Notwehr ansehen, wenn der Kaiser, nachdem bekannt geworden war, daß Rußland seine Truppen seit Frühjahr 1914 selbst aus Sibirien an die deutsche Grenze heranzog, bei der sich für uns immer bedrohlicher zuspitzenden Lage zum Schwerte griff.

Das jetzt vor zwei Jahren erfolgte Friedensangebot soll ja auch auf Anregung des Kaisers zurückzuführen sein. Ob dies zutrifft, weiß ich nicht.

Sicher sind aber die vorstehend angeführten beiden Tatsachen.

Gewiß, in einem kürzlich veröffentlichten Bericht an die bayerische Regierung wird dem Kaiser die Schuld am Ausbruch des Krieges zugeschoben. Aber, auch abgesehen davon, daß man nicht einmal sicher weiß, wer der Verfasser des Berichtes war, stehen dem doch die Berichte der belgischen Gesandten in Paris und Berlin entgegen, worin sie ihrer Regierung ausführten, daß die von ihr befolgte Politik zum Kriege mit Deutschland führen müsse.

Ich bin überzeugt, daß durch die jetzt eingeleitete Untersuchung die Richtigkeit meiner Annahme erwiesen werden wird. Falls sich aber gegen Erwarten das Gegenteil ergeben sollte, so wäre mir das allerdings sehr schmerzlich.

Ich stehe jetzt an der Schwelle des Greisenalters und bin, so lange ich denken kann, monarchistisch gesinnt gewesen. Kann man da von mir verlangen, daß ich auf einmal ein eifriger Republikaner werde? Solange nicht die Schuld der früheren Regierung erwiesen ist und die Republik gezeigt hat, daß sie für Deutschland die geeignetere und bessere Regierungsform bedeutet, kann ich mich zu einem derartigen Gesinnungswechsel nicht verstehen. Ich wäre dadurch nach außen verdächtig, vor mir selbst verächtlich.

Nebenbei bemerkt, gehöre ich alldeutschen Kreisen nicht an, bin weder dem Ostmarkenverein noch der Vaterlandspartei beigetreten.

Worte wie „völlige Unwissenheit", „wider besseres Wissen", „verstockt", „verdummt" usw. sind unter gebildeten Leuten in sachlichen Auseinandersetzungen im allgemeinen nicht gebräuchlich. Wenn sie aber doch angewandt werden, so richten sie sich selbst.

Als ein Teil von uns fünf Unterzeichnern der Erklärung vom 3. d. M. schon im öffentlichen Leben stand, waren vermutlich die oben genannten beiden Herren noch nicht geboren. Unter diesen Umständen will mir die von ihnen angewandte Tonart nicht angebracht erscheinen; natürlich ist das Geschmackssache.

Thorn den 7. Dezember 1918.

P. Laengner.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute abends 6 Uhr starb, mit den heiligen Sterbesakramenten versehen, unser guter, lieber, unvergeßlicher, hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Seminarist,

Flieger-Leutnant d. Res.

Erich Waldemar Korsch,

Ritter des Eisernen Kreuzes,

im 24. Lebensjahre.

Thorn den 7. Dezember 1918.

Franz Adalbert Korsch
und Frau **Elisabeth**, geb. **Kolberg**,
Franz und **Annemarie.**

Beerdigung Mittwoch den 11. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Waldstraße 31 a.
Requiem vormittags 8 Uhr in der St. Marienkirche.

Reichhaltige Auswahl in

Christbaumschmuck

empfiehlt

Gustav Heyer,

Breitestraße 6. — Fernruf 517

Viktoria-Park.
Dienstag und Donnerstag:

Großer Ball.

Anfang 7 Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Die dicke Ella

zeigt sich täglich dem geehrten Publikum von 2 Uhr nachmittags.

Hierzu ladet freundlichst ein **H. Wassmann.**

Glatte, sichere Eisbahn.
Toter Arm.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied gestern morgens 8½ Uhr sanft nach kurzem schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, mein treusorgender Vater, unser guter Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der

Oberpostassistent

Gustav Pingel

im Alter von 42 Jahren.

Dieses zeigt in tiefstem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen an

Thorn-Mocker den 9. Dezember 1918.

Martha Pingel u. Sohn Kurt.

Die Trauerfeier findet Mittwoch nachm. 3 Uhr im Trauerhause Graudenzerstr. 81 statt. Daran schließt sich die Ueberführung nach dem Bahnhof Thorn-Mocker.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh 4 Uhr entschlief sanft nach kurzem Krankenlager unsere geliebte Mutter, Schwieger-, Großmutter und Tante, die Witwe

Frau Amalie Grubler
geb. Hanse

im 85. Lebensjahre, was tiefbetrübt anzeigt

Lissomitz den 7. Dezember 1918

Berthold Grub nebst Familie.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 10. d. Mts. nachm. 2½ Uhr, von der evangel. Kirche in Bulkau aus statt.

Aus dem Felde zurückgekehrt.
Mein
Bau-Klempnerei-, Installationsgeschäft und Reparatur-Werkstätte
befinden sich
Schillerstraße 7.
Theodor Glinski,
Klempnermeister.

Stadt-Theater

Dienstag, 10. Dezemb., 7½ Uhr. Zum letzten male!
Der Lebensschüler.

Mittwoch den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Zum 1. male! Kindermärchen!
Frau Holle.

Abends 7½ Uhr: Auß. Abonnement!
Die Czardaskürstin.

Donnerstag, 12 Dezemb., 7½ Uhr:
Heimat.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Magistrats und des Volksausschusses des A.- und S.-Rates, wird am 8. 12 auf Eintrittskarten (auch Abonnementsecks) ein Zuschlag erhoben. Derselbe beträgt 15 Pfg. für Billetts bis zum Gestehungspreise von Mk. 1,40 und 25 Pfg. für Billetts zum Gestehungspreise von Mark 1,50 und mehr. **Die Direktion.**

Landwirt.

31 J. ev., 10 000 Mk. Vermögen sucht Dame oder junge Witwe zwecks baldiger Heirat kennen zu lernen. Einheirat in Landwirtschaft bevorzugt. Angebote mit Bild unter **R. 4417** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Wer erteilt Geigenunterricht in den Abendstunden. Angebote u. 4141 an d. Gesch. der „Presse".

Schönes, frisches Fleisch. Roßschlächterei Zenker, Thorn, Culmer Chaussee 28, Teleph. 465.

Eine auf dem Boden der deutschnationalen Volkspartei stehende

Persönlichkeit

mit regem Schaffensgeist, die gewandt im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit allen Schichten der Bevölkerung ist, findet dankbares Feld zur politischen Betätigung auf längere oder kürzere Zeit. Gefl. Angebote unter G. 4168 an die Geschäftsstelle der „Presse".

---

8 000 Mark
von sofort oder später zu vergeben. Angebote unter **B. 4127** an die Geschäftsstelle der „Presse".

---

2 echte Minorkahähne,
6 Monate alt, suche gegen junge Hühner. Angebote unter **W. 4132** an die Geschäftsstelle der „Presse".

---

300 M. Belohnung!

In der Nacht vom 6. bis 7. d. Mts. zwischen ½1 u. 2 Uhr sind mir aus dem verschlossenen Stalle 1 Schwein, 1 Kalb und 7 Gänse gestohlen. Wer mir den Täter so nachweist, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, erhält obige Belohnung.

Besitzer Felldt,
Bensau, Kreis Thorn.

In der Schulstraße, Nähe Brombergerstr. einen einzelnen

Schlittschuh verloren.

Gegen gute Belohnung abzugeben Schulstraße 12, I.

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Dezember		—	10	11	12	13	14
	15	16	17	18	19	20	21
	22	23	24	25	26	27	28
	29	30	31	—	—	—	—
1919 Januar	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	29	30	31	—
Februar	—	—	—	—	—	—	1
	2	3	4	5	6	7	8
	9	10	11	12	13	14	15

Hierzu zweites Blatt.

Nr. 289. Thorn, Dienstag den 10. Dezember 1918. 36. Jahrg.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Politische Tagesschau.

Deutscher Protest.

Marschall Foch hat am Sonnabend der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben: „Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist.“ — „Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der über die Post, Telegraph- und Telephonverbindungen im Rheinland auszuübenden Kontrolle.“ — Diese Entscheidung steht mit dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens (Artikel VI und Artikel XXVI) in Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest hiergegen einlegen.

Zur Einberufung der Nationalversammlung.

Der Reichsregierung gehen von allen Seiten telegraphische Aufforderungen um beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung zu. — Daß die sozialistische Mehrheitspartei selbst jetzt dem gegenrevolutionären Treiben der Unabhängigen gegenüber alle Hoffnungen auf die Nationalversammlung setzt, beweist ein am Sonnabend gefaßter Berliner Parteibeschluß, daß die Wahlen bereits Mitte Januar herbeigeführt werden sollen.

Amtsmüde Oberpräsidenten.

Wie man hört, hat der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein v. Moltke den Wunsch zu erkennen gegeben, sobald es die Geschäfte zulassen, von seinem Posten zurückzutreten. Herr von Moltke war bekanntlich vor Übernahme des Oberpräsidiums preußischer Minister des Innern. — Auch der westpreußische Oberpräsident v. Jagow trägt sich, wie aus Danzig mitgeteilt wird, mit

Die Ausgaben der A.- und S.-Räte.

Nach einer W. T.-B.-Meldung ist die Behauptung der Sozialistischen Korrespondenz, daß die A.- und S.-Räte bisher über 800 Millionen Mark ausgegeben haben, aus der Luft gegriffen.

Wer in Braunschweig regiert.

Die „Germania“ schreibt: „Präsident der „sozialistischen Republik“ Braunschweig ist ein ehemaliger Kunststopfer, sein Stellvertreter als zweiter Präsident ist ein Jongleur, der bis zum Tage der Revolution im Café Maxim auftrat. Kultusminister ist eine Frau, die kaum lesen kann und im Jahre 1915 wegen Unterschlagung aus dem Bureau eines Frauenvereins entlassen wurde“.

Thyßen und Stinnes wegen angeblichen Landesverrats verhaftet.

Der „Kölner General-Anzeiegr“ meldet aus Mülheim a. Ruhr: Unter der Anschuldigung des Landesverrats, angeblich begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Besetzung des Industriegebiets zu bestimmen, wurden in der vergangenen Nacht nach stundenlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Mülheim die Großindustriellen August Thyßen, Fritz Thyßen jun. und Edmung Stinnes, sowie die Direktoren Herrle, Becker, Wirtz, Kommerzienrat Küchen und Bergassessor Stenz verhaftet. Die Festgenommenen wurden nach Münster gebracht und werden von dort wahrscheinlich nach Berlin geschafft, wo sie sich verantworten sollen.

Die Firma Thyßen & Co., A.-G., hat an den Rat der Volksbeauftragten zu Händen des Reichskanzlers Ebert folgendes Telegramm gerichtet: Gestern Abend sind die Herren August Thyßen und Fritz Thyßen, sowie die Direktoren unserer Firma, Dr. Roser, Dr. Herle, und Becker, verhaftet und nach Berlin transportiert worden angeblich unter der Beschuldigung, einer am Donnerstag den 5. Dezember in Dortmund stattgehabten Versammlung beigewohnt zu haben, worin darüber beraten worden sein soll, die Entente zur Besetzung des Industriegebiets herbeizurufen. Demgegenüber stellen wir fest, daß keiner der Genannten der angeblichen Dortmunder Sitzung beigewohnt hat. Sie haben sich vielmehr, wie jederzeit nachzuweisen ist, am Donnerstag an verschiedenen anderen Orten aufgehalten. Wir müssen deshalb gegen die widerrechtliche Freiheitsberaubung der vorgenannten Herren entschieden Einspruch erheben und bitten dringend, deren unverzügliche Freilassung zu veranlassen, da durch ihre Abwesenheit zumal in den heutigen schwierigen Zeiten eine schwere Schädigung unserer Werke und ihrer Arbeiterschaft unausbleiblich ist. Thyßen & Co., A.-G.

Die Republik Schleswig-Holstein.

Wie bestimmt verlautet, soll in allernächster Zeit in Neumünster die Loslösung der Provinz Schleswig-Holstein von Preußen und die Konstituierung als selbständige, dem Reiche angeschlossene Republik Schleswig-Holstein verkündet werden.

Preußen und die rheinische Republik.

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird die preußische Regierung gegen die Bildung einer rheinischen Republik aus preußischen Gebietsteilen schärfsten Einspruch erheben.

Die Stellung Karolyis erschüttert.

Die Nachricht von dem Selbstmordversuche des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Michael Karolyi wird dementiert, dagegen wird behauptet, daß die Stellung Karolyis erschüttert erscheine. Er gelte den Arbeitern für zu bürgerlich und den Bürgerlichen für zu arbeiterfreundlich. Die Tage seiner Regierung seien gezählt.

Französische Offiziere in Berlin.

Zur Regelung des Gefangenentransportes der französischen Kriegsgefangenen in Deutschland traf Freitag Nachmittag mit Sonderzug aus Spaa der französische General Dupont, begleitet von französischen Seeoffizieren, in Berlin ein.

Die Opfer der Lemberger Ausschreitungen.

Wie die Wiener Blätter melden, wurden bis zum 4. Dezember in Lemberg über 4000 Opfer der Ausschreitungen beerdigt. Das Abendblatt nennt 1162 bisher beerdigte Opfer. Wieviel Leichen in den niedergebrannten Gebäuden und unter den Trümmern der Synagoge liegen, ist noch nicht bekannt.

Polen auf der Friedenskonferenz.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß der englische Minister des Äußeren Balfour, dem Vertreter des polnischen nationalen Komitees Sebanski mitgeteilt hat, daß nach der Ansicht der britischen Regierung Polen auf der Friedenskonferenz vertreten sein muß, wenn die Polen betreffenden Fragen zur Sprache gelangen.

Wilsons Abreise.

Nach einer Meldung des niederländischen Preßbureaus „Radio“ aus Amerika trug die Abreise Wilsons von Newyork den Charakter einer großen Festlichkeit. Außer den bereits gemeldeten Personen befinden sich in der Umgebung Wilsons der französische und der italienische Botschafter mit Familien und der belgische Gesandte mit Familie. Der Dampfer „George Washington“ wird von einer Flotte der Vereinigten Staaten unter Führung des Dreadnoughts „Pennsylvania“, des Schlachtschiffes des Admirals Mayo, nach Frankreich geleitet.

Provinzialnachrichten.

Marienburg, 6. Dezember. (Der Bund der Handwerker für den Kreis Marienburg) hielt unter Vorsitz des Malermeisters Richard Kempner-Marienburg zwecks Gründung von Handwerker- und Kleinhandelsräten eine Versammlung ab, zu der die Innungsvorstände, Kaufleute und sonstige Handelstreibende, auch Damen, erschienen waren. Tischlermeister Otto Ziemann führte aus: Zweck der Handwerkerräte ist, die Standesorganisation zu heben und etwaige Wünsche und Beschwerden dem Zentralvorstand bezw. dem Reichsausschuß in Berlin zu übermitteln, ohne dem Arbeiter- und Soldatenrat entgegenzuarbeiten. Eine Anzahl Handwerker ergriffen in der Debatte das Wort. Als Handwerkerräte wurden etwa 30 Personen gewählt, die dann die Obmänner wählten.

Danzig, 6. Dezember. (Der Zudrang weiblicher Studierender zu den wissenschaftlichen Berufen) kommt besonders in den statistischen Nachweisungen der technischen Hochschule zum Ausdruck; denn von rund 500 eingeschriebenen Hörern sind 400 weiblichen Geschlechts. Unter den Studierenden, deren Zahl 708 beträgt, befinden sich 15 Damen. Zehn von ihnen besitzen das Reifezeugnis des Realgymnasiums, vier das von Oberrealschulen und eine das vom Gymnasium. Von den Damen studieren sechs Chemie, acht allgemeine Wissenschaften.

d **Bromberg**, 5. Dezember. (In der heutigen Stadtverordnetensitzung) wurde der Magistrat ermächtigt, außer den bereits hergestellten 4 Millionen Mark städtischem Kriegsgeld noch weiteres solches Geld in 20-, 5-, 2- und 1-Mark-Scheinen in unbegrenzter Höhe je nach Bedarf herzustellen. Die Kosten für die Erneuerung des städtischen Gaswerks in Höhe von 370 000 Mark wurden bewilligt. Weiter erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Stadt Bromberg sich mit den angrenzenden Vororten zur Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsamtes vereinigt; die entworfenen Satzungen dafür wurden genehmigt. Ebenso wurde die Genehmigung dazu erteilt, daß die Stadt sich mit den Vorortgemeinden zu einem Zweckverband für die Erwerbslosenfürsorge vereinigt, dessen Satzungen gleichfalls gebilligt wurden. Schließlich wurden noch erhebliche Gehaltsaufbesserungen der städtischen Beamten und Lehrer bewilligt. Die Gehälter der unteren Beamten sollen um 20 Prozent, die der mittleren Beamten um 15 Prozent und die der höheren Beamten um 10 Prozent erhöht werden. Die Ortszulagen der städtischen Volksschullehrer wurden von 150 auf 600 Mark, diejenigen der Lehrerinnen von 100 auf 400 Mark erhöht. Falls der Staat seinen Beamten bis zum 1. Januar 1919 noch eine eimalige Teuerungszulage gewährt, sollen auch die städtischen Beamten und Angestellten eine derartige Zulage erhalten.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 10. Dezember. 1917 Besetzung von Jerusalem durch englische Truppen. 1916 Erkämpfung des Jalmeta-Überganges. 1915 Bombardierung von Ancona durch österreichisch-ungarische Seeflugzeuge. 1914 Ernennung des Erzherzogs Friedrich von Österreich zum Feldmarschall. 1893 * Erbprinz von Stollberg-Wernigerode. 1889 † Ludwig Anzengruber, hervorragender Dramatiker. 1877 Erstürmung von Plewna. 1852 * General Graf Bothmer, deutscher Heerführer. 1848 Wahl Napoleons zum Präsidenten der französischen Republik. 1838 * Generalfeldmarschall Oskar von Lindequist. 1816 * General August von Göben, der Sieger über die Franzosen bei St. Quentin.

Thorn, 9. Dezember 1918.

— (Postsachen für Kiew.) Der Zentral-Soldatenrat der Provinz Schlesien erhielt vom Soldatenrat in Kiew folgendes Telegramm: „Sorgt dringend dafür, daß aus Schlesien nach hier Post weitergeleitet wird. Bisher liegt nur Post aus Breslau, nicht aus Provinz vor. Veröffentlicht in Tagesblättern, daß hier Ruhe und Truppen der Heeresgruppe abwarten, bis Abtransport in zirka 1 bis 2 Monaten durchgeführt. Zusammenhalt der Truppen aber nur möglich, wenn regelmäßig Post und Zeitungen eintreffen. Tretet unsinnigen Gerüchten über Ukraine entgegen. Bekannt macht, daß Post nach wie vor hierher zulässig und Transportstraße gesichert.“

— (Postalisches.) Der Wertbriefverkehr nach Mähren, Steiermark, Kärnten und Krain ist bis auf weiteres gesperrt. — Pakete und Wertbriefe nach Tirol bis zur Besetzungslinie am Brenner werden auf Gefahr des Absenders von den Postanstalten wieder angenommen.

— (Das Ergebnis der Ludendorff-Spende.) Der Volksspende für Kriegsbeschädigte sind aus dem Reiche über 150 Millionen Mark zugeflossen. Dieses glänzende Ergebnis übersteigt bei weitem die Erträgnisse aller bisherigen Kriegswohlfahrtssammlungen. Erzielt konnte es nur werden, weil alle Kreise des deutschen Volkes im Gefühl, daß jeder nach seinen Kräften für die Opfer des Krieges eintreten muß, einmütig zusammenstanden. So dient das von dem deutschen Volke den Kriegsbeschädigten dargebrachte Opfer nicht nur den Kriegsbeschädigten, sondern dem gesamten deutschen Volk und seiner Zukunft.

— (Jahrmärkte im Dezember.) Westpreußen: 10. Vandsburg, 11. Flatow, Märkisch Friedland (Krammarkt), 12. Schlochau (Krammarkt), Tütz, 17. Jastrow (Krammarkt), 18. Deutsch Krone, Schloppe (Viehmarkt), 19. Schloppe (Krammarkt) — Posen: 3. Budsin, Lobsens, 4. Kolmar, 11. Margonin, 12. Usch, Wirsitz, 13. Nakel (Viehmarkt), 18. Schneidemühl (Krammarkt), Weißenhöhe. — Pommern: 10. Rummelsburg, 11. Bütow (Viehmarkt), 12. Ratzebuhr (Krammarkt).

— (Sofortige Anstellung von Studien-Assessoren.) Ein Ministerialerlaß bestimmt, daß die aus dem Heeresdienst entlassenen Studien-Assessoren sofort besoldete Beschäftigung erhalten. An staatlichen Anstalten sind die Älteren, besonders die Verheirateten, zuerst zu berücksichtigen. Die Städte sind zu veranlassen, die unbesetzten Oberlehrerstellen alsbald zu besetzen.

— (Die Steuern sind unverändert weiterzuzahlen!) Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes teilt mit: Unter den Gewerbetreibenden scheint die sonderbare Auffassung verbreitet zu sein, als beeinflusse die politische Neugestaltung im Reich und in den Einzelstaaten die Pflicht zur Steuerentrichtung. Diese Auffassung ist selbstverständlich völlig ungerechtfertigt. Alle Steuern sind unverändert weiterzuzahlen. Die Steuerbehörden haben Anweisung erhalten, mit besonderem Nachdruck für pünktlichen Steuereingang zu sorgen. Das gilt insbesondere auch für die am 1. August 1918 inkraft getretene Umsatzsteuer und deren wichtigen Bestandteil, die Luxussteuer. Die sozialistisch wesentlichen Pläne des Ausbaues dieser letzteren Steuer lassen es dringend notwendig erscheinen, daß die Veranlagung der Steuer in ihrer jetzigen Gestalt so sorgfältig als möglich erfolge. Vor einer lässigen Befolgung der Bestimmungen über den Buchführungszwang kann nur gewarnt werden; sie würde für die Beteiligten die im Gesetz angedrohten ernsten Folgen haben. Weiter sei die Aufmerksamkeit der Gewerbetreibenden, insbesondere der Großbetriebe, darauf gelenkt, daß nach Friedensschluß die vom Reichstag in die Umsatzsteuer eingefügte Vorschrift über die Vorbelastung der gemischten Unternehmungen inkraft tritt. Über die Durchführung dieser Vorschrift werden zurzeit Gutachten der amtlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handwerk und Handel eingefordert.

— (Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht.) Das „Reichsgesetzblatt“ veröffentlichte eine Verordnung der Regierung, nach der eine erhebliche Erweiterung der Krankenversicherungspflicht eintritt. Es sind nunmehr versicherungspflichtig alle Betriebsbeamten, Werkmeister und Angestellten in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, sowie Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher, sowie Schiffer, wenn sie gegen Entgelt beschäftigt werden und ihr regelmäßiger Jahresverdienst 5000 Mark nicht übersteigt. Bisher bestand die Versicherungspflicht für diese Personen nur bis zu einem Entgelt von 2500 Mark.

— (Über die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker) erfährt die „Schles. Ztg.“, daß eine wesentliche Besserung nicht zu erwarten sei. Die durch Einstellung der Fabrikation von Sprengstoffen freiwerdenden Mengen betragen nur ein Zwölftel des Gesamtbedarfs. Die Fabriken sind im allgemeinen beliefert, aber die Transportfrage, die Kohlenfrage und die Einführung des Achtstundentages machen große Schwierigkeiten.

— (Vorversorgung mit Lebensmitteln,) die sich in angemessenen Grenzen hält und im Hinblick auf die kommende schwere Zeit gerechtfertigt erscheint, soll gestattet und gegen Eingriff gesichert sein. Auf diesem grundsätzlichen Standpunkt steht das Reichsernährungsamt. Es wird amtlich mitgeteilt: „Man wird bedenken müssen, daß der Geist der Vorsorge für kommende, schwere Zeiten der Bevölkerung erhalten bleiben muß, und daß ein plumpes und ungeschicktes Zufassen leicht auch die Besitzer kleiner erlaubter Vorräte veranlassen könnte, diese in unwirtschaftlicher Weise zu verzehren oder zu vergeuden. Das Reichsernährungsamt beschäftigt sich auf das eingehendste damit, Richtlinien für ein einheitliches und sachgemäßes Vorgehen auf diesem Gebiete aufzustellen. Es erscheint erwünscht, daß die einzelnen örtlichen Stellen sich bis zum Erscheinen dieser Richtlinien solcher Sondermaßnahmen enthalten. Die Richtlinien werden versuchen, allen Ansprüchen, insbesondere auch derjenigen Volkskreise, die durch Heeresangehörige erlaubterweise Nahrungsmittel erhalten und vorsorglich aufbewahrt haben, gerecht zu werden. Es kann daher vor dem vorzeitigen Verzehr und der Vergeudung solcher Lebensmittel nur dringend gewarnt werden.“

— (Sondervergütung von K.-A.-Seife.) Aufgrund der Bekanntmachung über einmalige Sonderzuteilung von K.-A.-Seife vom 29. November 1918 dürfen auf den Januar-Abschnitt der laufenden Seifenkarte einmalig statt 50 Gramm 100 Gramm K.-A.-Seife verabfolgt werden.

— (Die Aussichten für die Schuhversorgung.) Gegenüber unserer vorgestrigen Mitteilung von dem Schuhüberfluß in der Metropole der deutschen Schuhfabrikation, Pirmasens, weisen wir darauf hin, daß die Aussichten für die allgemeine Schuhversorgung nach Bekanntgabe der Reichsstelle noch nicht die besten sind. Die bisher für die Zivilbevölkerung verfügbaren Ledermengen ergaben ungefähr 20 Millionen Paar Lederschuhwerk. Hiernach konnte ungefähr nur der dritte Teil der Bevölkerung im Jahre ein Paar Lederstiefel erhalten. Auch durch den Wegfall des Heeresbedarfs wird die zu erwartende Steigerung der Schuherzeugung sich nicht so rasch vollziehen; denn sie bedarf der Wiedereröffnung von ungefähr 600 Schuhfabriken, die bisher wegen der bestandenen Lederknappheit stillgelegt waren. Schon unter gewöhnlichen Verhältnissen hätte die Inbetriebsetzung Wochen erfordert; diese Frist wird sich bei den schwierigen Verkehrsverhältnissen erheblich verlängern. Alles hängt davon ab, wann es möglich ist, den Fabriken die erforderlichen Rohstoffe einschließlich Kohlen zuzuführen. Vorausgesetzt, daß zu dem etwas reichlicher vorhandenen Bodenleder auch die nötigen Mengen Oberleder beschafft werden können, werden diese Lederanfälle im Laufe von ungefähr 6 Monaten etwa eine Verdoppelung der derzeitigen Schuherzeugung von 20 auf 40 Millionen Paar ermöglichen. Selbst in diesem Falle können aber höchstens 75 Prozent der Bevölkerung im Jahre ein Paar Lederschuhwerk erhalten; ein Viertel der Bevölkerung bleibt nach wie vor unversorgt. Die Bevölkerung muß sich daher vor überschwenglichen Hoffnungen hüten; die Schuhknappheit wird auch noch weit in das Jahr 1919 hinein bestehen bleiben, wenn auch eine gewisse Milderung erhofft werden kann. Für Lederschuhwerk bleibt daher das Gebot sparsamsten Verbrauchs und geordneter Verteilung fortbestehen. Man erwartete mit Recht, daß die militärischen Bestände an Schuhen der Zivilbevölkerung zugute kommen würden; leider sind aber diese Bestände durch unbefugte „Eingriffe“ sehr vermindert worden. — Vorläufig haben unsere Thorner Schuhhandlungen noch nicht einmal die für September fällige Quote erhalten.

Aus dem Landkreise Thorn, 7. Dezember. (Die deutsch-demokratische Partei) hielt Freitag Abend in Gramtschen eine Werbeversammlung ab, zu der sich zahlreiche Besitzer und Arbeiter und auch mehrere Großgrundbesitzer eingefunden hatten. Nach Eröffnung der Versammlung durch Herrn Hackbarth-Gramtschen besprach Rechtsanwalt Stenzel-Thorn das Programm der demokratischen Partei. Pfarrer Beckherrn wies darauf hin, daß auch noch andere Parteien an die Gramtschener Bevölkerung werbend herantreten werden, und riet, alles zu prüfen und das Beste zu behalten. Er vermisse in dem demokratischen Parteiprogramm den Standpunkt, den die Partei zur Frage der Trennung der Kirche vom Staat einnimmt. Jedenfalls wären Bedenken zu erheben, ob eine Partei, die die Richtung des „Berl. Tagebl.“ vertritt, die von den Männern um Th. Wolff gegründet ist, die rein deutschen völkischen Interessen aller Staatsbürger vertreten kann; die große Anzahl der Juden, die in der Partei vertreten sind, spräche nicht hierfür. Die von der demokratischen Partei vertretene Idee der Aufteilung der Staatsdomänen und der Einschränkung des Großgrundbesitzes gäbe zu Bedenken Anlaß. Vermißt wird in dem Programm jedes Wort über das in den Großbanken zusammengeschlossene Kapital. Sekretär Polzin-Thorn wies die Frage der Trennung zwischen Kirche und Staat als vorläufig undiskutabel zurück und warnte, sich zu dem Standpunkt des Vorredners zu bekennen, daß man einen Unterschied zwischen den Staatsbürgern nach ihrem Religionsbekenntnis mache. Nur durch die Zusammenschließung aller Stände, aller Religionsgemeinschaften und friedliches Zusammenarbeiten lasse sich die deutsche Wirtschaftspolitik wieder aufbauen. An der weiteren Debatte beteiligten sich die Herren Besitzer Bröse-Groß Rogau, Irmer-Thorn, Hackbarth-Gramtschen, Frau Degener-Thornisch Papau und ein Mitglied des in Leibitsch gebildeten Soldatenrats, Sergeant Pilz. Nach Schluß der Aussprache wurde die Gründung eines Ortsvereins beschlossen, dem 120 Mitglieder beitraten. In den Vorstand wurden die Herren Hackbarth, Bröse, Pernack, Frau Liedtke, Berg und Frau Kühne gewählt. Die nächste Vereinssitzung soll am 14. Dezember in Gramtschen stattfinden.

Aufruf!

Wer am Ueberwachungsdienst an der Grenze bei Thorn mitwirken will, melde sich als **Freiwilliger** bei dem Obmann des Soldatenrats E/Infanterie-Regts. Nr. 61 oder E/Infanterie-Regts. Nr. 21, falls er Kavallerist gedient hat, beim Obmann der E/Ulanen 4.

Er erhält **neben der Löhnung von mindestens 30 Mark monatlich**, freie Verpflegung, Bekleidung, Ausrüstung sowie eine tägliche Zulage von 5 Mark.

Thorn den 6. Dezember 1918.

Der Soldatenrat. **V. f. d. G.** **L. Ch. d. St.**
Raube. **Starck,** Oberstleutnant.

Aufgrund des § 5, Ziffer 1 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 über den Schutz der Mieter — R.-G.-Bl. S. 1141 — wird nach Ermächtigung der Landeszentralbehörde folgende Anordnung erlassen:

§ 1.

Die Vermieter von Wohnräumen sind verpflichtet, unverzüglich dem Magistrat Anzeige zu erstatten, wenn eine seit dem 1. Juni 1917 dauernd oder zeitweise vermietet gewesene Wohnung von einem neuen Mieter zu einem höheren Mietpreise vermietet wird als ihn der letzte Mieter zu entrichten hatte. In der Anzeige ist der zuletzt entrichtete und der neue Mietpreis anzugeben. Etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses. Erscheint dem Magistrat der geforderte Mietspreis zu hoch, so kann er beim Mieteinigungsamt die Herabsetzung des mit dem neuen Mieter vereinbarten Mietpreises auf die angemessene Höhe beantragen.

§ 2.

Übertretungen dieser Anordnungen werden aufgrund des § 15 der Bekanntmachung vom 23. September 1918 mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft, sobald die Anzeige vorsätzlich nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtig ist oder unvollständige Angaben gemacht werden.

§ 3.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Thorn den 2. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung wird aufgrund des § 5, Ziffer 2 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 über den Schutz der Mieter — R.-G.-Bl. S. 1141 — nach Ermächtigung der Landeszentralbehörde folgende Anordnung erlassen:

§ 1.

Das Mieteinigungsamt kann auf Antrag des Magistrats den mit einem neuen Mieter vereinbarten Mietzins für Wohnräume auf die angemessene Höhe herabsetzen. Der Antrag des Magistrats ist unverzüglich zu stellen, nachdem ihm die Anzeige des Vermieters zugegangen ist. Etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses.

§ 2.

Das Mieteinigungsamt entscheidet nach billigem Ermessen Vor der Entscheidung kann es eine einstweilige Anordnung erlassen. Die Entscheidung ist unanfechtbar. Wird der Mietszins herabgesetzt, so gelten die Bestimmungen des Mieteigungsamtes als vereinbarte Bestimmungen des Mietsvertrages. Im übrigen regelt sich das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt nach der Anordnung des Reichskanzlers vom 23. September 1918 — R.-G. Bl.-S. 1146.

§ 3.

Die Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung inkraft.

Thorn den 2. Dezember 1918.

Mieteinigungsamt.

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 wird die Zulage zur Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten aus der Invalidenversicherung auch im Jahre 1919 gezahlt.

Thorn den 4. Dezember 1918.

Das Versicherungsamt.

Sämtliche Pächter

von Grundstücken auf dem Demobilmachungslager-Platz, die infolge der jetzigen Benutzung des Platzes Schadenersatzansprüche zu stellen glauben, haben sich **Freitag den 13. Dezember,** nachmittags 2 Uhr, vor der Geschäftsbaracke des Demobilmachungs-Lagers einzufinden und ihre Forderungsansprüche anzugeben. Spätere eingehende Forderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Demobilmachungslager Thorn.

Violinunterricht

(Methode Professor Joachim) erteile ich gründl. Lehrg. 12 M. monatl. Angebote unter **H. 4133** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Korsett-Fabrik,

Coppernikusstr. 30.

Arbeite von gebrachten Stoffen Korsetts, sowie Reparaturen der Korsetts. Auch ist noch ein reichliches Lager von Stoff (Korsetts) vorhanden. Frau **M. Pohl.**

Teer-Haarwaschmittel,
schäumend,
Kamillen-Haarwaschmittel,
schäumend,
Birkenhaarwasser,
mit Alkohol,
Bayrum,
mit Alkohol,
Champun, Mandelkleie
empfiehlt
J. M. Wendisch Nachf.,
Seifenfabrik,
Altstädtischer Markt 33.

Cognac,
Rum,
Dänischer Korn
zu haben.
Angebote unter **K. 4060** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Neu eingetroffen ein großer Posten

Straßenbesen

aus Birkenstrauch. Ersatz für Piassava.

Gustav Heyer,
Rathausgewölbe 6. — Fernruf 517.

Offene Stellen

Stellmacher

stellt sofort ein
Richard Redmann,
Mellienstraße 130.

Lehrling

sofort oder später sucht
Alexander Mroczkowski,
Eisenwarenhandlung,
Culmerstraße.

Zwei Lehrlinge

von sofort oder später gesucht.
Hugo Claass.

Schlosserlehrlinge

sofort gesucht.
Block, Heiligegeiststr. 6.

Malerlehrling

stellt ein **L. Zahn.**

---

2 junge Leute

sofort verlangt
ODEON.

Tüchtiger, verheirateter

Kutscher

bei freier Wohnung und Heizung für dauernd gesucht.
Georg Michel,
Dampfsägewerk Thorn-Mocker.

Aelteren, zuverlässigen

Kutscher

stellt sofort ein
G. Soppart, Dampfsägewerk,
Thorn-Mocker.

Gesucht von sofort

ein ehrliches Mädchen

als Verkäuferin und ein jüngeres Mädchen für den Haushalt.
Frau Werth, Kantine Jakobskaserne.

Unsere bisherige Firma
Vorschuß-Verein zu Thorn
e. G. m. u. H.
ist in
Thorner Vereinsbank
e. G. m. b. H.
abgeändert.
Der Vorstand:
Reitz. **Anbuhl.** **Sahm.**

Mond-Extra

Mond-Extra-Klingen **Rasierapparat** mit gebogener Klinge
empfiehlt
Paul Tarrey
Telephon 138. Altstädt. Markt 21.

Neuester Massenartikel.

A. K.-Kerze, auch Baumkerze,

D. R.-G.-M. Nr. 687 949, täuschend nachgemachter Ersatz für die Friedenskerze, zum Füllen mit neuartigem, rußfreiem Leuchtstoff, einmalige Anschaffung, sparsam und reinlich.

Alleinvertrieb:
Alex. Renné,
Heiligegeiststraße 12.

Tüchtiger Mann, der mit Pferden bescheid weiß, gesucht.
Podgorz. Hotel Kronprinz, bei **Cizmowski.**

Tüchtige Verkäuferinnen

können sich zum sofortigen Eintritt melden.
95 Pfennig-Bazar,
Elisabethstr. 6.

Lehrfräulein

für mein Kontor sofort gesucht.
A. Irmer,
Culmer Chaussee 1.

Ein Lehrfräulein oder jüngere Verkäuferin

sucht
Araczewski, Culmerstr. 24.

Junges Mädchen

das Kochen lernen will, kann sich sofort melden bei
Frau **Haesler,** Koernerstr. 12.

Vorleserin wird für 2 Stunden täglich gesucht Auskunft bei
Frau **Else Ulmer,**
Thorn-Mocker, Lindenstr. 43.

Saubere Flaschenspülfrau

von sofort gesucht
Thorner Brauhaus,
Flaschenbierabteilung.

Ein älteres

Hausmädchen

sucht von sofort
Frau Rechnungsrat **Bloedow,**
Friedrichstr. 2, ptr., r.

Aufwartemädchen

für den Nachmittag von sofort verlangt **M. Kristopeit,**
Culmer Chaussee 44.

Aufwärterin

sofort gesucht.
W. Huhn. Albrechtstr. 6, 3, l

Jüng. Mädchen

für den Nachmittag gesucht.
Friedrichstr. 10 12, 3, rechts.

Aufwartefrau oder Mädchen

gesucht. Brombergerstr. 78, 2.

Verkäufe

Ein Hausgrundstück

im Mittelpunkt der Altst[illegible] mit Mittelwohnungen, zu ver[illegible]
Angebote unter **D. 4134** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Alleinswegen beabsichtige ich

mein Haus,

Thorn, Kleine Marktstraße 9, zu verkaufen. **F. Jeski.**

Ein Herrenpelz

mit dunklem Tuchbezug, fast neu, preiswert zu verkaufen.
Leibitscherstr. 45, pt., r

Zu verkaufen:

1 warm gefütterte Lederjacke, billig, 1 neuer Kieler Knaben-Anzug, Gr. 7, sowie verschied. Kinderwatteanzüge, Kinderwäsche für Mädchen von 1 bis 6 Jahren, 1 gut erhaltene Kostümjacke und verschiedene Blusen, billig. 2 fast neue Fußbodenläufer, billig, 1 Paar Herrenschuhe, Gr. 44, 1 P. Hausschuhe, Gr. 38, 1 Herrenhut, Gr. 55, 1 guterhalt. rotes Sopha, 1 guterhaltenes Kleiderspind, 2 gr. hlg. Bilder, 1 guterhaltener Damenmantel, 1 Petroleumstehlampe und Hängelampe, ein Waschtuch mit Gerüst, 2 Paar vernickelte Schlittschuhe, Größe 27 und 31, mehrere Nippessachen, 1 Kaffeeservis, ein fast neuer Kinderwagen.

Kasernenstraße 37, 3. r.

Zu verkaufen:
2 herrenüberzieher, 2 Herrenanzüge, 1 Pelz, sowie 2 paar lange Juchtenstiefel.
Mauerstraße 46.

Einfacher, grauer Wintermantel, Größe 46, schw. Krimmerkragen, Zeitungspapier und verschiedene Flaschen
zu verkaufen. Altstädt. Markt 12, 3.

Gehrock mit Weste, tadellos Kriegsteiln. für 120 Mark zu verk. Schlanke Mittelfig. Besicht. tägl. v. 2 4 Uhr nachm. Seglerstr. 1, 1, l.

Getr. guterh. Ulster,
sow. 1 P. Arbeitsstiefel, Gr. 40, zu verk. Graudenzerstr. 80, pt., r.

---

2 paar Schaftstiefel

(41). 1 Wettermantel, 1 Frack mit Weste zu verkaufen.
Mellienstraße 52, 2, l.

Wassergummistiefel!

Verkaufe meine neuen Gummistiefel. Dieselben eignen sich für Fischer oder Tiefbauten, da dieselben bis zur Hüfte reichen. Preis 400 Mk. Schulstraße 2 part.

Zu verkaufen:
1 Kinder-Ausziehbettgestell mit Matratze u. Keilkissen, eine neue Wäschemangel, ein Paar Schlittschuhe Gr. 28, für größere Kinder, sehr gut erhaltene Spielsachen. Ang. u. **U. 4120** an die Geschäftsst. der „Presse".

Ich bin jetzt wieder persönlich den ganzen Tag in meiner

Lichtbildnerei

tätig und werde noch mehr wie vor bestrebt sein, künstlerische Arbeiten herauszuschaffen.

Thorn, Dezember 1918.

Atelier Jacobi,
Strobandstraße.

:: Aufträge zu Weihnachten bitte nicht zu spät. ::
Spätester Termin 18. Dezember.

Aeltere und jüngere

Molkereifachleute,

(Kriegsteilnehmer), meist ehemalige Zöglinge unserer Anstalt,

suchen Arbeitsstellen.

Entsprechende Stellenangebote von den Molkereien sind zwecks kostenloser Vermittlung zu richten an die

Molkereilehranstalt in Praust.

Husten, Atemnot
Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite. Rückmarke erwünscht.

Heinrich Deicke,
Wackersleben, Provinz Sachsen.

Auch bei Magenleidenden, Kröpfe, Flechten, Beingeschwüren, Kopfschmerzen, umsonst gerne Auskunft.

Steinkohlenteer, Klebemasse, Pech,

zum Imprägnieren von Pappdächern empfehlen zur sofortigen Lieferung

Gebr. Pichert,
G. m. b. H., Thorn,
Schloßstr. 7.

---

100 Postkarten, 2, 3, 4, 5, 6 M. 100

Alle Sorten, Muster gratis. Briefmappen 5/5 von 12 Mk. an. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig 3a.

Alte eingeführte Gesellschaft sucht für ihre Agentur in Thorn mit bedeutendem Versicherungsbestande in fast allen Zweigen einen

kautionsfähigen Herrn,

der gute Beziehungen am Platze hat. Schriftl. Bew. mit Aufgabe von Referenzen an die Geschäftsstelle der „Presse" unter **K. 4135** erbeten.

Kaufe Spirituosen

jeder Art. **E. Purtzel, Konitz,** Fernspr. 69.

---

2 eiserne Bettgestelle

mit Sprungfedern-Matratzen, 1 Kleiderspind, Bücherschrank, Schreibtisch (Diplomat) zu kaufen gesucht.
Lindenstr. 5, Laden.

Gebr. Küchenschrank

zu verk. Friseurgesch. Culm. Th. 44

Gut erhaltenes, schönes

Plüschsopha

zu verkaufen. Waldauerstraße 21, [illegible]

---

1 Tisch, mehrere Stühl

stehen zum Verkauf
Turmstraße 14. Tischlerei.

Fleischhackklotz,

Kleiderschrank, Vertikow, Spiegel, Mahagonisopha, Kleiderständer, Weckapparat, Holzmeßkluppe, Vogelheckkäfige u. anderes mehr zu verkaufen.
Sieg. Mellienstraße 96.
Besichtigung von 1 bis 6 Uhr.

Verkaufe:

ein Klavier, fast neu, Friedensware, einen neuen, stark. Handwagen, 17 prima Bienenvölker in Kasten u. Körben, Honigschleuder, Aufsatzkasten mit Waben, alle anderen Bienengeräte.

Jekutsch,
Grissen bei Culmsee.

Flügel,

wenig gebraucht, zu verkaufen.
Angebote unter **W. 4072** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Kleiner, schwarzer Flügel

preiswert zu verkaufen.
Culmerstraße 4, 3 Tr.

Eine Konzert-Zither, 1 paar lange Stiefel, 1 Schneider-Nähmaschine, 2 steife Hüte, Nr. 39, 1 Wachhund zu verkaufen.
Terrog, Waldauerstr. 12.

Laute, ital., für 35 Mk.,
Mandoline, flach, 20 „
Balalaika, 7,50 „
mit Saiten und Schulen zu verk.
Thorn-Schiefpl., Kaiserhof, 1, r.

Schreibmaschine,

gebraucht, billig zu verkaufen. Zu besichtigen mittags 12—2 und abds. 7—9 Uhr. Jakobstr. 17, 2, r.

Ein gebrauchter

Kinderwagen

zu verkaufen. Bergstraße 43.

Ein eleganter, weißer

Kinderwagen

mit Gummirädern billig zu verk.
Arabierstraße 3, 3.

Ein guterh. Sprechapparat

mit 20 Platten billig zu verkaufen.
Leibitscherstr. 41, pt., r.

---

1 Laterna Magika, 1 Luftbüchse u. 1 Guittarrezither

zu verkaufen.
Graudenzerstr. 117. Telephon 311

Zu verkaufen:

ein kl. eiserner Ofen. Knabenschuhe, 12 J., lange Stiefel, Gr. 42. Strobandstr. 16, part., l.

Gute Seife für Wäsche zu verk. Angebote unter **V. 4071** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Verkaufe: flottes Pferd, eine Ziehrolle, 60 Mk., Nähmaschine, 60 Mk., große, hölzerne Wanne, 20 Mk., fast neuen, 4rädrigen Handwagen, 80 Mk.
Th. Krause, Schönwalde, **Graudenzer Chaussee hinaus.**

Gesuche

Laden

mit mögl. angrenz. Wohn., gute Geschäftslage, zu mieten gesucht.
Gefl. Angebote unter **H. 4108** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Restaurant und Speisewirtschaft,

auch ein dazu geeigneter Laden zu pachten gesucht. Angeb. u. **C. 4153** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Zum 1. 4. 19 bequeme
3—4-Zimmer-Wohnung
in Thorn oder Umgebung zu mieten gef., mit Garten bevorzugt.
Angebote erbeten unter **V. 2063** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Kinderl. Ehepaar sucht v. 1. 4. 19 **2—3 Zimmerwohnung** nebst Zubehör. Brombergervorstadt bevorzugt. Angebote unter **S. 4068** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Einzelne Dame in fester Stellung sucht von sogleich od. später **unmöbl. Zimmer,** möglichst mit Kochgelegenheit in der Innenstadt oder Bromberger Vorstadt.
Angebote unter **T. 4144** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Möbl. Wohnung

sofort zu mieten gesucht.
Angebote mit Preisangabe unter **H. 4158** an die Gesch. der „Presse".

Ein großes, möbl., ungeniert gelegenes **Zimmer** mit elektr. Licht wird per 1. 1. 19 zu mieten gesucht.
Angebote unter **Q. 4116** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Dauermieter sucht
möbliertes Zimmer mit voller Verpflegung.
Angebote unter **E. 4155** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Ein ungeniertes, **Zimmer** elegant möbl. sofort zu mieten gesucht. Angebote mit Preisangabe unter **G. 4157** an die Geschäftsst. der „Presse" erb.

Im Beruf stehende Dame sucht von sofort oder 1. Januar
sauberes, möbl. Zimmer.
Angeb. mit Preis unter **Y. 4159** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Herr sucht zum 1. Januar
2 möbl. Zimmer,
möglichst mit Klavierbenutzung.
Angebote unter **M. 4162** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Möbliertes Zimmer

mit Küchenbenutzung von kinderlosem Ehepaar gesucht.
Angebote mit Preisangabe unter **O. 4164** an die Gesch. d. „Presse".

Heller Raum,

zur Tischlerwerkstatt geeignet, von sofort oder 1. 1. 19, möglichst Innenstadt der Brombergerstr. Vorstadt zu mieten gesucht.
Angebote unter **A. 4151** an die Geschäftsstelle „Presse".

Suche per sofort oder später
Stallung und Remise.
Angebote mit Preisangabe u. **K. 4110** an die Gesch. der „Presse".

Kaufmann, 30 Jahre, evangel., solide, wünscht sich mit wirtschaftl. Dame gleichen Alters glücklich zu verheiraten, etwas Vermögen erwünscht, am liebsten Einheirat in Kolonialwarengeschäft oder Gastwirtschaft, auch auf dem Lande, Kriegerwitwe nicht ausgeschlossen.
Zuschriften unter **G. 4107** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Heiratsgesuch.

Suche für meinen aus dem Felde zurückgekehrten Schwager, 35 Jahre alt, ev., von Beruf Fleischer, Lebensgefährtin, Kriegerwitwe nicht ausgeschlossen. Vertrauliche Anträge möglichst mit Bild, das zurückgesandt wird, und näheren Angaben unter **N. 4138** an die Geschäftsstelle der „Presse". Diskretion zugesichert.

Ein Paar starke

Zugochsen, 4jährig,

stehen preiswert zum Verkauf.
Karl Kynath, Seehof 48 b. Culmsee.

Kaufgesuche

Pelz od. Pelzjoppe

zu kaufen ges. Krafft, Klosterstr. 20.

Dunkle Pelzgarnitur

Skunks bevorzugt) zu kaufen ges. Angebote unter **B. 4152** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Getr. Wintermantel

für 12 jährigen Knaben und **gebr. Schulstruiser** zu kaufen ges. Rayonstr. 33, pt., r.

Achtung!

Zwecks Gründung eines Hausstandes suche ich einen ganzen Nachlaß oder auch einzelne Möbelstücke zu kaufen. Es müssen aber gut erhaltene Sachen sein und nur aus Privathand. Angebote unter **L. 4161** an die Geschäftsstelle der „Presse" erbeten.

Guterhaltene bessere **Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtung** von bald zu kaufen gesucht.
Angebote unter **H. 4033** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Wandschränkchen

zu kaufen gesucht.
Angebote unter **O. 4139** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Guterhaltene Mandoline zu kaufen gesucht, wenn möglich mit Futteral.
Angebote mit Preisangabe u. **Y. 4124** an die Gesch. der „Presse".

Handwagen, Handkarren
kaufen **Grüne Radler.**

Leichter, einspänniger

Kastenwagen

zu kaufen gesucht.
Rzepka, Leibitscherstraße 32.

Wachsames stubenr. Hündchen

sofort zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis u. **E. 4130** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Kaninchen

zum Schlachten, von 4 Pfd. aufwärts kauft
Herrmann Rapp,
Breitestraße 20,
Telephon 225. — Telephon 225

Wachs

kauft **Anker-Drogerie,**
Elisabethstraße 12|14

Wohnungen

Angebote

Laden

mit 2 Zimmern und Küche zu vermieten. Reimer, Strobandstr. 4.

---

2 möblierte Vorderzimmer

mit elektr. Licht zu vermieten. Zu erfragen Mellienstr. 89, ptr., l.

Möbliertes Zimmer von sofort zu vermieten. Mellienstr. 61, 2, r.